



Saar Blueprints

Desirée Schmitt

Reaktionen der EU auf das starke
Ansteigen des Flüchtlingszustroms seit
April 2015
– Eine zeitliche Darstellung –



Programm für
lebenslanges
Lernen

01 / 2016

Zum Autor

Dipl.-Jur. Desirée Schmitt (schmitt@europainstitut.de) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europarecht, Völkerrecht und Öffentliches Recht von Prof. Dr. Thomas Giegerich, LL.M. Sie ist zudem Master-Studentin am Europa-Institut.

Vorwort

Diese Veröffentlichung ist Teil einer elektronischen Zeitschriftenserie (Saar Blueprints), welche von Jean-Monnet-Saar, einem Lehrstuhlprojekt von Prof. Dr. Thomas Giegerich, LL.M. am Europa-Institut der Universität des Saarlandes herausgegeben wird. Die weiteren Titel der Serie können unter http://jean-monnet-saar.eu/?page_id=67 abgerufen werden.

In den Veröffentlichungen geäußerte Feststellungen und Meinungen sind ausschließlich jene der angegebenen Autoren.

Herausgeber

Lehrstuhl Prof. Dr. Thomas Giegerich
Universität des Saarlandes
Postfach 15 11 50
66041 Saarbrücken
Germany

ISSN

2199-0050 (Saar Blueprints)

Zitierempfehlung

Schmitt, Desirée, Reaktionen der EU auf das starke Ansteigen des Flüchtlingszustroms seit April 2015 – eine zeitliche Darstellung, Saar Blueprints, 01/2016 DE, online verfügbar unter: http://jean-monnet-saar.eu/?page_id=67

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| A. Einleitung | 5 |
| B. Der Flüchtlingsbegriff | 6 |
| C. Die Maßnahmen der EU..... | 6 |
| I. Erste Erklärungen der EU-Organe..... | 6 |
| II. Europäische Migrationsagenda | 7 |
| III. First Implementation Package | 8 |
| 1. Notfall-Umsiedlungsmechanismus für 40.000 Flüchtlinge zur Unterstützung Italiens und Griechenlands | 8 |
| a) Verfahren | 9 |
| b) Ratsbeschluss vom 14.09.15..... | 10 |
| aa) Berührungspunkte mit anderen EU-Rechtsakten | 10 |
| bb) Auswahlkriterien | 11 |
| cc) Sonstiges..... | 11 |
| dd) Fazit | 11 |
| 2. Neuansiedlungs-Programm für 20.000 Flüchtlinge | 12 |
| 3. Sonstiges..... | 13 |
| IV. Second Implementation Package | 13 |
| 1. Vorschlag zur Notumsiedlung von 120.000 Flüchtlingen aus Griechenland, Ungarn und Italien | 13 |
| a) Verfahren | 14 |
| b) Ratsbeschluss vom 22.09.15..... | 14 |
| aa) Inhalt | 15 |
| bb) Abstimmungsverhalten | 16 |
| cc) Reaktionen und Fazit..... | 16 |
| 2. Auf Dauer angelegter Umsiedlungsmechanismus | 17 |
| 3. Gemeinsame europäische Liste sicherer Herkunftsstaaten | 18 |
| 4. Effektivere Organisation der Rückkehr/Rückführung..... | 18 |
| 5. Sonstiges..... | 19 |
| 6. Vertragsverletzungsverfahren | 19 |
| 7. Fazit.. | 20 |
| V. Sonstige aktuelle Maßnahmen und Entwicklungen..... | 21 |
| 1. Communications der Kommission..... | 21 |
| 2. Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs..... | 23 |

| | |
|---|----|
| 3. Tagung des Rates Justiz und Inneres..... | 24 |
| 4. Der EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 15.10.15 und der Gemeinsame Aktionsplan mit der Türkei | 24 |
| 5. Stellungnahme der Kommission zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen . | 25 |
| 6. 17-Punkte-Plan bezüglich der West-Balkan-Route | 26 |
| 7. EU-Ratsvorsitz verstärkt Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten durch Aktivierung der IPCR-Regelung | 27 |
| 8. Weitere finanzielle Unterstützungen | 27 |
| 9. Valletta-Gipfel..... | 28 |
| 10. Anschläge in Paris..... | 29 |
| 11. Treffen EU - Türkei | 29 |
| 12. Slowakei und Ungarn ziehen vor den EuGH..... | 30 |
| 13. Tagung des Rates am 03./04.12.15..... | 30 |
| 14. Griechenland aktiviert EU-Katastrophenschutzverfahren..... | 31 |
| 15. Kommission schlägt einen Europäischen Grenz- und Küstenschutz vor | 31 |
| 16. Managing the refugee crisis – Mitteilung der Kommission..... | 32 |
| 17. Gipfel des Europäischen Rates, 17./18.12.15..... | 33 |
| VI. Operationen auf See | 33 |
| 1. Mare Nostrum..... | 33 |
| 2. Triton | 34 |
| 3. Poseidon | 34 |
| VII. EUNAVFOR MED bzw. Operation Sophia..... | 35 |
| D. Die „vergessene“ Richtlinie 2001/55/EG..... | 35 |
| E. Fazit | 36 |

A. Einleitung

Schlägt man momentan die Zeitung auf, sind die ersten Seiten gefüllt mit Nachrichten zur aktuellen Flüchtlingskrise: Tausende Menschen ertrinken auf dem Weg von der Türkei nach Griechenland oder von Libyen nach Italien, aber auch die Nachrichten von den Flüchtlingsrouten über den Balkan, frierenden Menschen vor abgeschotteten Grenzen und Einsatz von Tränengas und Wasserwerfer sind allgegenwärtig. Inmitten der katastrophalen humanitären Lage dieser Menschen, die vor Krieg, Terror und Armut fliehen, werden Forderungen nach einem aktiven Handeln der „Festung Europa“¹ laut. Ausgehend von der Prämisse, dass es den Menschen in der Europäischen Union (im Folgenden: EU) überdurchschnittlich gut geht², erscheint es eigentlich selbstverständlich, dass die EU alles in ihrer Macht stehende tut, um das Leiden der Hilfesuchenden zu mildern. Doch die Realität betrachtend, tut sich ein „Ost-West-Konflikt“ innerhalb der EU auf: Insb. bei der Frage nach einer Verteilung der Flüchtlinge nach Quoten gibt es eine große Diskrepanz zwischen den „alten“ und „neuen“ Staaten der EU. Während Ungarn und ihm folgend weitere Staaten die Grenzen mittels Stacheldraht dicht machen, betreiben andere Staaten wie v.a. Deutschland eine (mitunter auch stark kritisierte) Willkommens-Politik.³ Die EU versucht, ihre Werte der Solidarität und der Wahrung der Menschenrechte zu verteidigen und gerät dabei an eine ihrer größten Herausforderungen. Die diesbezüglichen von der EU verwirklichten bzw. geplanten Mittel bis Ende 2015 sind Gegenstand dieser Arbeit. Als Startpunkt der Erörterung wird die Nacht vom 18. auf den 19.04.15 gewählt. In eben dieser Nacht ist ein Flüchtlingsboot auf dem Weg von Libyen nach Italien gekentert. Hierbei ertranken mind. 800 Menschen, nur 28 konnten gerettet werden.⁴ Auch wenn Flüchtlingsschutzorganisationen

¹ Der Begriff der „Festung Europa“ wird mittlerweile sehr häufig gebraucht, vgl. z.B. Schümer, Europa ist eine Festung, Welt v. 18.05.15, abrufbar unter <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article141026268/Europa-ist-eine-Festung-und-muss-das-auch-bleiben.html>; Rietzschel, SZ v. 18.07.15, abrufbar unter http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-so-viel-kostet-die-festung-europa-1.25160_84. Auch die österreichische Innenministerin Mikl-Leitner hat in der FAZ v. 28.10.15 vom notwendigen Ausbau der Festung Europa gesprochen, <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/johanna-mikl-leitner-zu-oesterreichs-plaene-in-fluechtlingskrise-13880650.html> (alles zuletzt abgefragt am 06.01.16).

² Vgl. den umfassenden statistischen Vergleich von Eurostat, The EU in the World, 2015 edition, abrufbar unter <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/6975194/KS-EX-15-001-EN-N.pdf/d05075db-b5cf-4751-b62b-f49cc89f3fa2> (zuletzt abgefragt am 11.12.15). Auch Juncker geht hiervon in seiner State of the Union Speech v. 09.09.15 aus (abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-15-5614_en.htm [zuletzt abgefragt am 28.09.15]): „Europe today, in spite of many differences amongst its Member States, is by far the wealthiest and most stable continent in the world“.

³ Vgl. zu den untersch. Ansätzen innerhalb der EU: Küstner, Juncker gegen die Quoten-Gegner, Tagesschau.de v. 09.09.15, abrufbar unter <http://www.tagesschau.de/ausland/eu-fluechtlinge-125.html>; Küstner, Optimales Timing für Rüge des Riesen, Tagesschau.de v. 23.09.15, abrufbar unter <http://www.tagesschau.de/kommentar/kommentar-asylrecht-101.html> (beides zuletzt abgefragt am 06.01.16).

⁴ Reuscher, Das Mittelmeer ist ein Massengrab, Welt.de, 19.04.15, abrufbar unter <http://www.welt.de/politik/ausland/article139788751/Das-Mittelmeer-ist-ein-Massengrab.html> (zuletzt abgefragt am 11.12.15).

schon seit Monaten die EU und ihre Mitgliedstaaten aufgefordert hatten, gemeinsam der herannahenden Flüchtlingskrise entgegenzutreten, ist seit dem Erlass des Brüsseler Programms⁵ 2014 durch den Europäischen Rat nicht viel geschehen. Spätestens jedoch seit dieser bisher größten Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer richten sich alle Augen auf die EU.

B. Der Flüchtlingsbegriff

Um die Reaktionen der EU auf das Ansteigen des Flüchtlingsstroms betrachten zu können, muss zunächst erläutert werden, was überhaupt unter dem Begriff „Flüchtling“ zu verstehen ist. Der Flüchtlingsbegriff stammt aus dem internationalen Recht: Das Unionsrecht verwendet in Art. 1 der Anerkennungsrichtlinie⁶ den Oberbegriff des internationalen Schutzes, der nach Art. 2 lit. a in die Flüchtlingseigenschaft und den subsidiären Schutz untergliedert ist.⁷ Der Flüchtling wird in Art. 2 lit. d der Anerkennungs-RL als ein Drittstaatsangehöriger definiert, „...der aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Furcht nicht in Anspruch nehmen will [...]“. Diese Definition ist dem Art. I A. 2. der Genfer Flüchtlingskonvention⁸ entnommen. Zur vereinfachten Darstellung wird im Folgenden der Begriff des Flüchtlings als Gattungsbegriff für die von der Anerkennungs-RL bezeichnete Personengruppe verwendet, ohne dass damit eine Stellungnahme zu der Frage verbunden wäre, ob eine Person Anspruch auf internationalen Schutz hat.

C. Die Maßnahmen der EU

I. Erste Erklärungen der EU-Organe

Am 20.04.15 präsentierte die Europäische Kommission (fortan Kommission) ihren Zehn-Punkte-Plan.⁹ Eine Erklärung des Europäischen Rates folgte am 23.04.15. In dieser wurde

⁵ Strategische Leitlinien für die gesetzgeberische und operative Programmplanung für die kommenden Jahre im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts für 2014-2020, ABl. C 240 v. 24.7.2014, S. 13, gestützt auf Art. 68 AEUV als Nachfolger der Programme von Tampere, Den Haag und Stockholm.

⁶ Richtlinie 2011/95/EU über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes, ABl. L 337 v. 20.12.2011, S. 9; fortan Anerkennungs-RL.

⁷ Heinhold, Recht für Flüchtlinge, S. 190.

⁸ Art. I A. 2. GFK in der Fassung, die der Definition durch Art. I Abs.2 des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge gegeben wurde.

⁹ Pressemitteilung der Kommission v. 20.04.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4813_de.htm (zuletzt abgefragt am 21.10.15).

festgelegt, die „Präsenz auf See zu verstärken, gegen die Schlepper vorzugehen, irreguläre Migrationsströme zu unterbinden und die interne Solidarität [...] zu stärken“.¹⁰ Auch das Europäische Parlament (fortan Parlament) bekräftigte in einer Erklärung am 29.04.15 die Verpflichtung zu raschem Handeln, um Menschenleben zu retten und Maßnahmen der EU im Bereich der Migration zu verstärken.¹¹ Insg. bleiben die Forderungen sehr vage, weshalb auch heftige Kritik folgte.¹²

II. Europäische Migrationsagenda

Am 13.05.15 legte die Kommission ihre Europäische Migrationsagenda vor.¹³ Die Agenda sieht die Bildung von vier Schwerpunkten, sowie die Ergreifung von Sofortmaßnahmen vor.

1. Zu den Schwerpunkten zählen:

- a) die Verringerung der Anreize für eine illegale Einwanderung¹⁴: Entsendung europäischer Migrationsbeauftragter in Drittstaaten, Änderung der Frontex-Verordnung¹⁵ mit dem Ziel, Frontex stärker in die Rückführung mit einzubeziehen, ein neuer Aktionsplan gegen die Attraktivität von Schleuserkriminalität, Ursachenbekämpfung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe;
- b) die Verbesserung des Grenzmanagements¹⁶: Schutz der Grenzen bei gleichzeitiger Rettung von Menschenleben und Wahrung der Sicherheit, Stärkung des Frontex-Mandats, Stärkung der Kapazitäten in Drittstaaten, eventuell Zusammenführung bestimmter Küstenschutzaufgaben auf EU-Ebene, EU-weiter Standard für Grenzmanagement;
- c) eine starke gemeinsame Asylpolitik¹⁷: Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, Bewertung sowie ggf. Überarbeitung der Dublin-Verordnung¹⁸ im Jahr 2016,

¹⁰ Erklärung abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/04/23-special-euco-statement/> (zuletzt abgefragt am 11.12.15).

¹¹ Entschließung 2015/2660(RSP) vom 29.04.15, abrufbar unter <http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/summary.do?id=1387923&t=d&l=en> (zuletzt abgefragt am 11.12.15).

¹² Vgl. nur *Angenendt/ Kietz*, EU-Krisengipfel: Die kraftlose Reaktion der EU auf die Mittelmeertragedie, <http://www.swp-berlin.org/publikationen/kurz-gesagt/eu-krisengipfel-die-kraftlose-reaktion-der-eu-auf-die-mittelmeertragedie.html> (zuletzt abgefragt am 11.12.15).

¹³ COM(2015) 240 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/background-information/docs/com_munication_on_the_european_agenda_on_migration_de.pdf (zuletzt abgefragt am 11.12.15).

¹⁴ COM(2015) 240 final, S. 9 ff.

¹⁵ Verordnung (EU) Nr. 1168/2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, ABl. L 304 v. 22.11.2011, S.1.

¹⁶ COM(2015) 240 final, S. 13 f.

¹⁷ COM(2015) 240 final, S. 15 f.

¹⁸ Verordnung (EU) Nr. 604/2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist, ABl. L 180, S. 31 ff.; im Folgenden Dublin III-VO.

Förderung einer systematischen Identitätsfeststellung und Abnahme von Fingerabdrücken, Stärkung des Prinzips der sicheren Herkunftsstaaten und

d) die Einführung einer neuen politischen Strategie für legale Einwanderung¹⁹ : Modernisierung und Überarbeitung des „Blaue Karte“-Systems, Optimierung der Vorteile für Betroffene und Drittländer i.R.d. Migrationspolitik.

2. Als Sofortmaßnahmen schlägt die Agenda insb. vor, die Kapazitäten und Ressourcen für die Operationen „Triton“ und „Poseidon“ auf das Dreifache aufzustocken.²⁰ Des Weiteren wird ein befristeter Mechanismus zur Umsiedlung von Asylbewerbern bis Ende 2015 auf der Grundlage von Art. 78 III AEUV nach einem Verteilungsschlüssel befürwortet, welcher dann in ein dauerhaftes System münden soll. Außerdem sieht die Agenda ein EU-weites Neuansiedlungsprogramm für 20.000 Vertriebene vor sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Auch soll eine Operation im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Zerschlagung von Schleppernetzen und zur Bekämpfung des Migrantenschmuggels im Mittelmeer eingerichtet werden. Zudem fordert die Kommission die Etablierung eines Hotspots-Konzepts: European Asylum Support Office, Frontex und Europol sollen vor Ort mit den Mitgliedstaaten an den Außengrenzen zusammenarbeiten, um Migranten erkenntnisdienlich zu behandeln, zu registrieren und Fingerabdrücke abzunehmen.

III. First Implementation Package

Am 27.05.15 präsentierte die Kommission ihr erstes Paket mit Maßnahmen zur Umsetzung der eben dargestellten Migrationsagenda.²¹

1. Notfall-Umsiedlungsmechanismus für 40.000 Flüchtlinge zur Unterstützung Italiens und Griechenlands

Die erste Säule des First Implementation Package bildet die Aktivierung der Notfallklausel nach Art. 78 III AEUV zugunsten Italiens und Griechenlands.²² Laut dem Vorschlag für einen Ratsbeschluss sollen in den nächsten zwei Jahren 40.000 Personen aus Italien und Griechenland auf der Grundlage eines Verteilungsschlüssels in andere EU-Mitgliedstaaten umgesiedelt werden.

¹⁹ COM (2015) 240 final, S. 17.

²⁰ Zu den Operationen auf See siehe näher C.VI.

²¹ Vgl. die Übersicht unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/index_en.htm und die Pressemitteilung der Kommission v. 27.05.15, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5039_de.htm (beides zuletzt abgefragt am 09.12.15).

²² Proposal for a Council Decision establishing provisional measures in the area of international protection for the benefit of Italy and Greece, COM(2015) 286 final, abrufbar unter <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2015/EN/1-2015-286-EN-F1-1.PDF> (zuletzt abgefragt am 11.12.15).

a) Verfahren

Der Europäische Rat tagte am 25. und 26.06.15, um über die Vorschläge der Kommission zu beraten.²³ Es konnte eine Einigung über die Verteilung von 60.000 Flüchtlingen (40.000 Flüchtlinge, die sich momentan in Griechenland und Italien befinden und 20.000 Flüchtlinge, die sich außerhalb des EU-Territoriums aufhalten und neu angesiedelt werden sollen²⁴) erzielt werden. Allerdings wurde hierfür keine verbindliche Aufnahme-Quote festgelegt, sondern die Aufteilung soll vielmehr auf freiwilliger Basis erfolgen, indem die Staaten Zusagen machen, eine bestimmte Zahl an Flüchtlingen aufnehmen zu wollen. Obwohl laut Donald Tusk „alle Staaten Zusagen gemacht hätten“²⁵, war die Enttäuschung über diese „nur“ freiwillige Verteilung der Hilfesuchenden groß.²⁶ In der Schlussfolgerung wird zudem die Idee der Hotspots aufgegriffen und den Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen finanzielle Unterstützung zugesagt. Auch befasst sie sich mit Rückkehr- bzw. Rückführungsmaßnahmen, Rückübernahme- und Wiedereingliederungsmaßnahmen.

Am 20.07.15 fasste der Rat einen Vorschlag für einen Beschluss auf der Grundlage von Art. 78 III AEUV, der die Verteilung von 40.000 Flüchtlingen aus Italien und Griechenland innerhalb der nächsten zwei Jahre vorsieht.²⁷ Der Rat kündigte an, diesen Beschluss nach Stellungnahme des Parlaments förmlich zu verabschieden. Allerdings wird in dem Vorschlag nicht festgelegt, welcher Mitgliedstaat wie viele Flüchtlinge aufnehmen möchte. Die von dem Europäischen Rat geforderte einvernehmliche Einigung hierüber brachte „Zusagen“ der Mitgliedstaaten für insg. 32.256 Flüchtlingen, bis Ende 2015 soll eine Einigung über die Verteilung der restlichen 7.744 Personen erzielt werden.²⁸ Diesbezgl. wurde auch eine Resolution der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten verabschiedet.²⁹ Des Weiteren konnten sich diese auf den Erlass einer Schlussfolgerung

²³ Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 25./26.06.15, EUCO 22/15, S. 2 ff., abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/06/26-euco-conclusions/> (zuletzt abgefragt am 11.12.15).

²⁴ Hierzu näher unter C. III.2.

²⁵ Krause, Flüchtlingsquote nach Streit gekippt, Tagesschau.de v. 26.06.15, abrufbar unter www.tagesschau.de/ausland/eu-gipfel-verteilungsquoten-105.html (zuletzt abgefragt am 11.12.15). Ausnahmen seien nur hins. Ungarn und Bulgarien zu verzeichnen; UK, Irland und Dänemark müssen sich gem. den Prot. Nr. 21, 22 zum Vertrag v. Lissabon nicht beteiligen.

²⁶ Vgl. nur den italienischen Ministerpräsident Matteo Renzi: „Wenn dies Eure Idee von Europa ist, dann könnt Ihr sie behalten“, Krause, Tagesschau.de (Fn. 25).

²⁷ Dok. Nr. 11132/15, abrufbar unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11132-2015-INIT/de/pdf> sowie Outcome of the Council Meeting Nr. 11097/15, abrufbar unter http://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXV/EU/07/53/EU_75389/imfname_10571298.pdf (beides zuletzt abgefragt am 11.12.15).

²⁸ Becker, EU-Minister verpassen Einigung in Flüchtlingsfrage, Spiegel Online v. 20.07.15, abrufbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-eu-innenminister-uneinig-ueber-verteilung-a-1044542.html> (zuletzt abgefragt am 11.12.15). „Zusagen“ im Annex zum Outcome 11097/15 (Fn. 27), S. 4 und im Anhang I dieser Arbeit. Die „Zusagen“ für 7.744 Personen fehlen immer noch, FAZ v. 07.01.16, EU-Staaten streiten um 3 Milliarden Euro für die Türkei, S. 15.

²⁹ Outcome of the Council Meeting Nr. 11097/15 (Fn. 27), S. 3.

betreffend die Neuansiedlung von 22.504 Vertriebenen aus Regionen außerhalb der EU einigen.³⁰ Zudem kam der Rat zum Erlass einer Schlussfolgerung bzgl. der Bestimmung bestimmter Drittländer als sichere Herkunftsstaaten i.S.d. Asylverfahrensrichtlinie³¹. Hierin wird empfohlen, Albanien, Bosnien-Herzegowina, die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien und Kosovo als sichere Herkunftsstaaten zu bestimmen.³² Zuletzt wurden die Mitgliedstaaten aufgefordert, sich an die Kommissionsleitlinien für die Durchführung der Eurodac-Verordnung³³ zu halten, was die Verpflichtung zur Abnahme der Fingerabdrücke anbelangt.³⁴

Am 09.09.15 billigte das Parlament im Rahmen von Art. 78 III AEUV die Umsiedlung von 40.000 Asylsuchenden aus Italien und Griechenland und lieferte einige Änderungsvorschläge für den noch ausstehenden Ratsbeschluss.³⁵

b) Ratsbeschluss vom 14.09.15

Der gem. Art. 78 III AEUV noch ausstehende formelle Ratsbeschluss erfolgte am 14.09.15.³⁶ Die Eckpunkte werden im Folgenden kurz dargestellt.

aa) Berührungspunkte mit anderen EU-Rechtsakten

Gemäß ErwG 18 erfolgt eine vorübergehende Aussetzung von Art. 13 I Dublin III-VO, wonach Italien und Griechenland für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz eigentlich zuständig wären, sowie eine vorübergehende Aussetzung der Verfahrensschritte, die in Art. 21, 22 und 29 Dublin III-VO festgelegt sind. Des Weiteren wird eine Ausnahme von der Zustimmung des Antragstellers auf internationalen Schutz gemäß Art. 7 II der Verordnung 516/2014³⁷ (im Folgenden AMIF-VO) festgelegt.

Eine weitere Abweichung ist die von Art. 18 AMIF-VO: Hiernach wird ein Pauschalbetrag i.H.v. 6.000 € für die Überstellung einer Person gewährt, die internationalen Schutz genießt.

³⁰ Outcome of the Council Meeting Nr. 11097/15 (Fn. 27), S. 5. Vgl. unten C.III.2.

³¹ Richtlinie 2013/32/EU zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes, ABl. L 180 v. 29.6.2013, S. 60; im Folgenden Asylverf-RL.

³² Outcome of the Council Meeting Nr. 11097/15 (Fn. 27), S. 8 ff.

³³ Verordnung Nr.603/2013 über die Einrichtung von Eurodac für den Abgleich von Fingerabdruckdaten zum Zwecke der effektiven Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013, ABl. L 180 v. 29.6.2013, S.30; fortan Eurodac-VO.

³⁴ Ratsdokument Nr. 11013/15, abrufbar unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11013-2015-INIT/de/pdf> (zuletzt abgefragt am 11.12.15).

³⁵ 498 Ja-Stimmen, 158 Nein-Stimmen, 37 Enthaltungen; abrufbar unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT+TA+P8-TA-2015-0306+0+DOC+XML+V0%2f%2fDE&language=DE> (zuletzt abgefragt am 28.09.15).

³⁶ Beschluss (EU) 2015/1523 des Rates zur Einführung von vorläufigen Maßnahmen im Bereich des int. Schutzes zugunsten von Italien und Griechenland, ABl. L 239 v. 15.9.2015, S. 239, abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32015D1523&from=DE> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

³⁷ Verordnung (EU) Nr. 516/2014 zur Einrichtung des Asyl- und Migrations- und Integrationsfonds, ABl. L 150 v. 20.5.2014, S. 168.

Nach den ErwG 23, 24 sowie Art. 10 des Beschlusses wird dieser Pauschalbetrag nun für die Umsiedlung der Antragsteller gewährt, unabhängig davon, ob diese bereits internationalen Schutz genießen. Im Beschluss wird darauf hingewiesen, dass die Rechts- und Verfahrensgarantien der Dublin III-VO (ErwG 30), der Asylverf-RL, der Aufnahme-RL³⁸ und der Eurodac-VO weiterhin gelten (ErwG 31, Art. 6).

bb) Auswahlkriterien

Personen, die für die Umsiedlungsmaßnahme in Betracht kommen, müssen gem. Art. 3 I einen Antrag auf internationalen Schutz in Italien oder Griechenland gestellt haben, welche sonst nach der Dublin III-VO zuständig wären. Zudem müssen die Flüchtlinge entsprechend Art. 13 III zwischen dem 16.09.15 und 17.09.17 in Italien oder Griechenland eintreffen oder seit dem 15.08.15 in diesen Staaten eingetroffen sein. Gem. ErwG 20 und Art. 3 II kommen zur Umsiedlung nur solche Flüchtlinge in Betracht, die die Staatsangehörigkeit eines Staates besitzen, bei dem die Erfolgsquote zur Gewährung internationalen Schutzes bei über 75 % liegt. Hierbei sollen 60 % der 40.000 aus Italien (also 24.000) und 40 % aus Griechenland (also 16.000) in 24 Monaten umgesiedelt werden, ErwG 21, 22, Art. 4. Bei der Auswahl der Personen sind gem. ErwG 27 auch die Art. 21, 22 der Aufnahme-RL zu berücksichtigen, sodass auf die besonderen Bedürfnisse von Schutzbedürftigen wie z.B. von Minderjährigen eingegangen werden muss. Darüber hinaus sollen bei der Wahl des Ziellandes nach ErwG 28 spezielle Qualifikationen und Eigenschaften des Antragstellers berücksichtigt werden, um die Integration im Zielland zu erleichtern. Das Umsiedlungsverfahren selbst regelt Art. 5.

cc) Sonstiges

Der Kommission soll nach ErwG 15, Art. 8 II die Befugnis übertragen werden, die Anwendung des Beschlusses auszusetzen, wenn Italien oder Griechenland den Verpflichtungen zur strukturellen Lösungsfindung (ErwG 14, Art. 8 I) nicht nachkommt. Bei weiteren Notlagen anderer Mitgliedstaaten können gem. Art. 9 auch zugunsten dieser Staaten vorläufige Maßnahmen nach Art. 78 III AEUV getroffen werden.³⁹ In den ErwG 39 und 40 wird die Sonderstellung des Vereinigten Königreichs, Irlands und Dänemark beschrieben, die sich aus den Protokollen Nr. 21 und 22 zu den Verträgen ergibt. Diese sind folglich weder an dem Beschluss beteiligt noch an ihn gebunden.

dd) Fazit

Der doch recht schleppende Prozess brachte die geplante Umsiedlung von 40.000 Flüchtlingen aus Italien und Griechenland. Dabei konnte man sich zwar nicht auf eine feste

³⁸ Richtlinie 2013/33/EU zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen, ABl. L 180 v. 29.6.2013, S. 96.

³⁹ Vgl. hierzu C.V.16: Kommission schlägt vor, Schweden vorübergehend von der Umverteilung auszunehmen.

Verteilungsquote einigen, jedoch wurde letzten Endes eine Entlastung Griechenlands und Italiens durch die freiwilligen Zugeständnisse theoretisch ermöglicht. Bislang wurden jedoch nur 272 Personen tatsächlich umgesiedelt.⁴⁰ Angesichts der Tausenden von Menschen, die momentan die Grenzen Europas passieren, sind 40.000 nur ein Bruchteil. Die EU hinkt hinterher: Es hat vier Monate gedauert, bis man sich auf eine mögliche Umsiedlung von 40.000 Flüchtlingen einigen konnte, in der Zwischenzeit sind jedoch weitaus mehr Menschen wiederum in Griechenland und Italien angekommen. Aber dies ist immerhin ein erster Schritt in Richtung auf eine solidarische Bewältigung der Flüchtlingskrise.

2. Neuansiedlungs-Programm für 20.000 Flüchtlinge

Neben der Umsiedlung von 40.000 Personen hat die Kommission i.R.d. First Implementation Package auch eine Empfehlung nach Art. 292 S. 4 AEUV angenommen, in der sie die Mitgliedstaaten ersucht, in den nächsten zwei Jahren 20.000 Menschen, die sich noch außerhalb des EU-Territoriums befinden, auf der Grundlage eines Verteilungsschlüssels aufzunehmen und neu anzusiedeln.⁴¹ Hierzu sollen die Mitgliedstaaten finanzielle Unterstützung erhalten. Die EU wird zu diesem Zweck im Zeitraum 2015-2016 50 Mio. € bereitstellen. Der Europäische Rat hat daraufhin am 25./26.06.15 in einer Schlussfolgerung die grundsätzliche Bereitschaft der Mitgliedstaaten an der Beteiligung mitgeteilt, allerdings ohne festen Verteilungsschlüssel.⁴² Die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten haben sich in einer Schlussfolgerung vom 22.07.15 darauf geeinigt, „wie in der Anlage⁴³ festgelegt, Personen, die unzweifelhaft internationalen Schutz benötigen, durch multilaterale und nationale Regelungen [...] aus einem Drittstaat in einem Mitgliedstaat mit dessen Zustimmung neu anzusiedeln“.⁴⁴

⁴⁰ 190 von Italien, 82 von Griechenland, davon 21 nach Deutschland (Stand: 08.01.16), http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/press-material/docs/state_of_play_-_relocation_en.pdf (zuletzt abgefragt am 12.01.16). Vgl. hierzu auch FAZ v. 07.01.16, S. 16, EU-Staaten streiten um 3 Mrd. € für die Türkei.

⁴¹ Empfehlung der Kommission vom 8.6.2015 für eine europäische Neuansiedlungsregelung, C(2015) 3560 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/documents/policies/asylum/general/docs/recommendation_on_a_european_resettlement_scheme_de.pdf (zuletzt abgefragt am 27.12.15).

⁴² Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 25./26.06.15, EUCO 22/15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2015/06/euco-conclusions-pdf/> (zuletzt abgefragt am 27.12.15).

⁴³ Vgl. Anhang II dieser Arbeit.

⁴⁴ Schlussfolgerungen der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen v. 22.07.15, Dok. Nr.11130/15, abrufbar unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11130-2015-INIT/de/pdf> (zuletzt abgefragt am 11.12.15).

3. Sonstiges

Des Weiteren hat die Kommission einen EU-Aktionsplan gegen Schlepper erlassen, welcher konkrete Maßnahmen enthält, wie Schleppern das Handwerk gelegt werden kann.⁴⁵ Darüber hinaus gab die Kommission Leitlinien für die Mitgliedstaaten heraus, in denen dargelegt wird, wie bei der Abnahme von Fingerabdrücken von neu ankommenden Flüchtlingen nach der Eurodac-VO am besten zu verfahren ist.⁴⁶ Die Kommission möchte ferner die Blue-Card-Regelung verbessern.⁴⁷

IV. Second Implementation Package

Im Rahmen seiner Rede zur Lage der Union am 09.09.15⁴⁸ stellte Jean-Claude Juncker das Second Implementation Package⁴⁹ vor.

1. Vorschlag zur Notumsiedlung von 120.000 Flüchtlingen aus Griechenland, Ungarn und Italien

Das Second Implementation Package sieht zuvörderst einen auf Art. 78 III AEUV gestützten Vorschlag für die Notumsiedlung von 120.000 Menschen aus Griechenland, Italien und Ungarn vor.⁵⁰ Dies soll zusätzlich zu der Umsiedlung der 40.000 Menschen erfolgen, auf die man sich schon einigen konnte.⁵¹ Gem. Art. 4 I sollen dabei 15.600 Antragsteller aus Italien, 50.400 Antragsteller aus Griechenland und 54.000 Antragsteller aus Ungarn umgesiedelt werden. Die Umsiedlung soll nach einem verbindlichen Verteilungsschlüssel erfolgen. Die Kriterien hierzu sind in ErwG 25 sowie im Annex dargelegt und setzen sich wie folgt zusammen: Bevölkerungszahl 40 %, BIP 40 %, durchschnittliche Zahl bisheriger Asylanträge

⁴⁵ EU-Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten (2015-2020), COM(2015) 285 final, abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015DC0285&from=EN> (zuletzt abgefragt am 27.12.15).

⁴⁶ Commission Staff Working Document on Implementation of the Eurodac Regulation as regards the obligation to take fingerprints, SWD(2015) 150 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/documents/policies/asylum/general/docs/guidelines_on_the_implementation_of_eu_rules_on_the_obligation_to_take_fingerprints_en.pdf (zuletzt abgefragt am 27.12.15).

⁴⁷ Die Blue-Card-Richtlinie (Richtlinie 2009/50/EG) soll hochqualifizierten Arbeitskräften die Zuwanderung und Arbeitsaufnahme in der EU erleichtern, wird aber derzeit kaum in Anspruch genommen. Näheres unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-is-new/public-consultation/2015/consulting_0029_en.htm (zuletzt abgefragt am 30.09.15).

⁴⁸ Juncker, Fn.2. Vgl. kritisch hierzu Bagchi, "The winter is approaching" – Juncker and his state of the union address – has it said enough regarding the refugee crisis?, European Law Blog, 15.09.15, abrufbar unter <http://europeanlawblog.eu/?p=2863> (zuletzt abgefragt am 28.09.15).

⁴⁹ Eine Übersicht hierzu ist unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/index_en.htm (zuletzt abgefragt am 28.09.15) zu finden.

⁵⁰ Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Einführung von vorläufigen Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes, COM(2015) 451 final, abrufbar unter <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2015/DE/1-2015-451-DE-F1-1.PDF> (zuletzt abgefragt am 27.12.15).

⁵¹ Siehe hierzu bereits unter C. III.1.

10 % und Arbeitslosenquote 10 %.⁵² Für die Notumsiedlung werden 780 Mio. € aus dem EU-Haushalt bereitgestellt. Wichtig erscheint zudem eine „vorübergehende Solidaritätsklausel“: wenn sich ein Mitgliedstaat vorübergehend aus triftigen, objektiven Gründen nicht/nicht vollständig an der Umsetzung des Beschlusses beteiligen kann, so ist eine Befreiung für ein Jahr möglich, wenn der Staat einen Beitrag zum EU-Haushalt i.H.v. 0,002% seines BIP leistet (Art. 4 II). Nach Art. 10 sollen 6.000 € pro Umsiedlung gewährt werden. Darüber hinaus sollen Italien, Griechenland und Ungarn einen Pauschalbetrag von 500 € pro umgesiedelter Person erhalten.⁵³

a) Verfahren

Bei einer außerordentlichen Tagung des Rates (Justiz und Inneres) am 14.09.15 konnte man sich nur hinsichtlich der Umsiedlung von 40.000 Asylsuchenden einigen.⁵⁴ Ein neuer Beschlussentwurf sollte jedoch erarbeitet, der dann *ohne* eine quotenmäßige Verteilung auskommen müsse.⁵⁵ Auch konnte man sich darauf einigen, eine gemeinsame Liste der sicheren Herkunftsstaaten beschließen zu wollen.

Am 17.09.15 hat das Parlament den Vorschlag für den Notfallplan zur Umsiedlung der 120.000 Asylsuchenden in einem Dringlichkeitsverfahren angenommen.⁵⁶ Während der Plenardebatte hat der luxemburgische Vertreter der Ratspräsidentschaft Jean Asselborn die Abgeordneten darüber informiert, dass Ungarn sich nicht als „Frontline Country“, also als Mitgliedstaat an einer Außengrenze, definiert, und daher bei der Umsiedlung nicht in Betracht gezogen werden will.⁵⁷

b) Ratsbeschluss vom 22.09.15

Am 22.09.15 haben sodann die Ratsmitglieder (Justiz und Inneres) einen Beschluss zur Einführung von vorläufigen Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes zugunsten von Italien und Griechenland auf der Grundlage von Art. 78 III AEUV erlassen.⁵⁸

⁵² Für die hierdurch erzielte Verteilung siehe Anhang III dieser Arbeit.

⁵³ Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe des Art. 18 AMIF-VO (Fn.37). Abweichend von der Vorfinanzierungsregelung in dieser VO erhalten die Mitgliedstaaten 2016 einen Vorfinanzierungsbetrag in Höhe von 50 % der ihnen auf der Grundlage dieses Beschlusses insgesamt zugewiesenen Mittel.

⁵⁴ S.o. C.III.1.b).

⁵⁵ Schlussfolgerungen des Rates v. 14.09.15, abrufbar unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12002-2015-REV-1/de/pdf> (zuletzt abgefragt am 27.12.15), insb. Nr. 10, 11.

⁵⁶ Legislative Entschließung des Parlaments, 17.09.15, P8_TA-PROV(2015)0324, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2015-0324+0+DOC+XML+VO//EN> (zuletzt abgefragt am 27.12.15).

⁵⁷ Pressemitteilung des Parlaments v. 17.09.15, abrufbar unter <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20150915IPR93259/Abgeordneten-stimmen-Umsiedlung-weiterer-120.000-Asylsuchender-zu> (zuletzt abgefragt am 27.12.15).

⁵⁸ Beschluss 2015/1601 des Rates vom 22. September 2015 zur Einführung von vorläufigen Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes zugunsten von Italien und Griechenland, ABl. L 248 v. 24.9.2015, S. 80;

aa) Inhalt

Inhaltlich ähnelt dieser Beschluss dem Beschluss 2015/1523, der die Umsiedlung von 40.000 Personen vorsieht, sodass hierauf nicht mehr im Einzelnen einzugehen ist. Interessant ist jedoch, dass einige Kommissionsvorschläge *abgeändert* wurden.

Zunächst ist auffällig, dass Ungarn, das sich selbst nicht als „Frontline Country“ definiert hat, auf eigenem Wunsch hin aus der Nothilfemaßnahme herausgenommen wurde, sodass die 120.000 Menschen nunmehr nur aus Italien und Griechenland umgesiedelt werden sollen. Darüber hinaus zeigt ein Vergleich des Art. 4 II des Kommissionsentwurfs zu Art. 4 V und ErwG 27 des tatsächlich gefassten Beschlusses, dass die Regelungen hinsichtlich des „Solidaritätsmechanismus“ wesentlich geändert wurden. Während nach dem Willen der Kommission eine Art Strafzahlung i.H.v. 0,002 % des BIP zu leisten war, wenn ein Mitgliedstaat sich aus berechtigten Gründen nicht an der Umsiedlung beteiligen kann, ist eine solche Zahlungspflicht im endgültigen Beschluss nicht mehr vorgesehen. Gemäß Art. 4 V kann hingegen ein Aufschieben der Umsiedlung bis zu 12 Monaten von bis zu 30 % der ihm zugewiesenen Antragsteller möglich sein. Allerdings gibt ErwG 27 vor, dass diese Aufschiebemöglichkeit nur bei Mitgliedstaaten denkbar ist, die „ein gut vorbereitetes Asylsystem, das ansonsten im Einklang mit dem einschlägigen Besitzstand der Union im Asylbereich funktioniert...“ besitzen. Es ist fraglich, wer de facto dann überhaupt von der Aufschiebemöglichkeit Gebrauch machen könnte. Außerdem erfolgt die Verteilung der Asylsuchenden auf die Umsiedlungsstaaten nicht, wie von der Kommission im Entwurf vorgesehen, auf Grundlage einer festen Quote, sondern auf freiwilliger Basis.⁵⁹ Der Widerstand der östlichen Mitgliedstaaten gegen feste Quoten war schlichtweg zu groß.

Genauer betrachtet werden muss Art. 4 des Beschlusses: Hier ist die Verteilung der 120.000 Personen geregelt. Insgesamt werden im Laufe von 12 Monaten 66.000 Antragsteller (15.600 aus Italien, 50.400 aus Griechenland) in das Hoheitsgebiet der anderen Mitgliedstaaten umgesiedelt. Weitere 54.000 Antragsteller, die eigentlich aus Ungarn umgesiedelt werden sollten, werden nun entweder ab dem 26.09.16 aus Italien und Griechenland oder aber durch eine Änderung des Beschlusses nach Art. 1 II, III aus einem anderen Mitgliedstaat, der sich wachsendem Druck ausgesetzt fühlt, umgesiedelt.

Darüber hinaus ist die Kommission gem. Art. 1 II damit beauftragt, die Lage hinsichtlich des Zustroms von Flüchtlingen zu überwachen. ErwG 20, 21 und Art. 4 III zeigen, dass der Beschluss flexible Anpassungen an die aktuellen Entwicklungen ermöglichen soll. Auch scheint erwähnenswert, dass Griechenland und Italien gemäß Art. 8, ähnlich wie in Art. 8 des

abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32015D1601&from=DE> (zuletzt abgefragt am 27.12.15).

⁵⁹ Diese „Zusagen“ sind im Anhang des gefassten Beschlusses aufgelistet und im Anhang IV am Ende dieser Arbeit wiedergegeben.

Beschlusses 2015/1523, bis zum 26.10.15 einen Fahrplan vorlegen müssen, der eine angemessene Durchführung des Mechanismus gewährt. Ansonsten kann die Kommission die Anwendung des Beschlusses bis zu drei Monate aussetzen.

Etwas konfliktreicher scheint ErwG 34 zu sein: „Unter gebührender Wahrung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung können die Umsiedlungsmitgliedstaaten [...] ihre Präferenzen in Bezug auf Antragsteller angeben [...]“. Diese Regelung, die in den Artikeln des Beschlusses nicht weiter ausgeführt wird, birgt Konfliktpotential: Kann ein Land nun Präferenzen für Ingenieure, Katholiken, Atheisten oder Heterosexuelle aufstellen? Wie könnte dies mit Art. 21 GRCh in Einklang stehen? Es bleibt abzuwarten, welcher Mitgliedstaat als erster seine Präferenzen kundtut und wie die Reaktionen hierauf ausfallen. Ebenso problematisch erscheint, dass die umzusiedelnden Personen keine Präferenzen und keine Ansprüche auf ein bestimmtes Land geltend machen können. Hierzu gibt ihnen auch weder das Völkerrecht, noch die GRCh das Recht. Es besteht aber dennoch die Gefahr der Sekundärmigration, die bei der Durchführung des Beschlusses berücksichtigt werden muss.⁶⁰

bb) Abstimmungsverhalten

Der Beschluss konnte aufgrund von Meinungsverschiedenheiten nicht im Konsensverfahren gefasst werden, sondern es musste abgestimmt und eine qualifizierte Mehrheit erzielt werden.⁶¹ Laut dem tschechischen Innenminister Milan Chovanec stimmten sein Land, Rumänien, die Slowakei und Ungarn dagegen. Sie hatten „feste“ Verteilschlüssel vehement abgelehnt. Finnland habe sich enthalten, Polen habe trotz anfänglicher Gegenposition zugestimmt.⁶²

cc) Reaktionen und Fazit

Der Druck auf die Innenminister war groß. So äußerte Thomas De Maizière vor der Tagung: „Europa kann [es] sich nicht leisten, dass diese Sitzung heute ohne Ergebnis auseinander geht“. ⁶³ Diesem Druck hat die EU standgehalten: eine Einigung wurde erzielt – und das gegen den Willen so mancher Staaten. Dies zeigt, dass die EU bereit ist, Worten Taten folgen zu lassen. Der tschechische Innenminister kritisierte die Einigung hingegen scharf:

⁶⁰ Hierzu *Pop/Sobczy*, Refugees Move Faster Than the EU, The Wall Street Journal v. 24.09.15, abrufbar unter <http://www.wsj.com/articles/europes-migration-crisis-refugees-move-faster-than-the-eu-1443127840> (zuletzt abgefragt am 11.12.15).

⁶¹ Vgl. Asselborn: "Wir haben mit sehr großer Mehrheit – mit mehr Stimmen, als die Verträge vorschreiben – eine Einigung im Rat erreicht.", Pressemitteilung des Rates v. 22.09.15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2015/09/22/> (zuletzt abgefragt am 27.12.15).

⁶² Schiltz/Tauber, Berlin setzt Verteilung von Flüchtlingen durch, Welt.de v. 22.09.15, abrufbar unter <http://www.welt.de/politik/ausland/article146736310/Berlin-setzt-Verteilung-von-Fluechtlingen-durch.html> (zuletzt abgefragt am 27.12.15).

⁶³ Stauth, EU-Innenminister beraten über Flüchtling, Tagesschau.de v. 22.09.15, abrufbar unter <https://www.tagesschau.de/ausland/innenminister-fluechtlinge-105.html> (zuletzt abgefragt am 27.12.15).

„Heute ist der gesunde Menschenverstand verlorengegangen.“⁶⁴ Auch das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR kritisierte, dass die Anzahl von 120.000 Flüchtlingen nicht ausreiche, um die Lage zu stabilisieren.⁶⁵ Allerdings ist dem luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn zuzustimmen, wenn er sagt: „Einige Menschen werden jetzt sagen: Europa ist gespalten. Weil die Entscheidung nicht einstimmig fiel. Aber wir befinden uns in einer Notsituation. Der EU wird vorgeworfen, nicht schnell genug zu entscheiden. Wenn wir das jetzt nicht getan hätten, wäre Europa noch gespalten, die Glaubwürdigkeit hätte noch mehr gelitten.“⁶⁶

2. Auf Dauer angelegter Umsiedlungsmechanismus

Der zweite Vorschlag des Second Implementation Package richtet sich auf die Einrichtung eines auf Dauer angelegten Umsiedlungsmechanismus für alle Mitgliedstaaten nach festen Quoten durch Änderung der Dublin III-VO auf der Rechtsgrundlage von Art. 78 II lit. e AEUV.⁶⁷ Für die Aktivierung des Mechanismus muss eine Notlage vorliegen, worüber die Kommission entscheiden soll (Art. 33a V). Nach Art. 33b soll die Umsiedlung sodann nach einem festen Verteilungsschlüssel erfolgen, der hins. der Kriterien demjenigen ähnelt, der schon für die Notumsiedlung der 120.000 Flüchtlinge vorgesehen war.⁶⁸ Darüber hinaus sollen die Bedürfnisse der Asylsuchenden, ihre familiäre Lage und Fähigkeiten berücksichtigt werden (ErwG 14). Es soll auch hier eine „vorübergehende Solidaritätsklausel“ sowie eine Art „Freikaufen“ in Art. 33b II vorgesehen werden. Um die Änderung der Dublin III-VO vorzunehmen, müssen Parlament und Rat im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren entsprechend Art. 78 II lit.e AEUV beschließen.⁶⁹

⁶⁴ Meyer-Feist, Verteilung von 120.000 Flüchtlingen: EU-Innenminister einigen sich, Tagesschau.de v. 22.09.15, abrufbar unter <https://www.tagesschau.de/ausland/innenminister-fluechtlinge-107.html> (zuletzt abgefragt am 27.12.15).

⁶⁵ Ebenda. Vgl auch Bagchi, Oxford Human Rights Hub v. 02.10.15, abrufbar unter <http://ohrh.law.ox.ac.uk/has-the-council-of-the-eus-decision-on-relocation-of-refugees-adequately-given-effect-to-the-commissions-proposals/> (zuletzt abgefragt am 11.12.15).

⁶⁶ Küstner, Auf die harte Tour, Tagesschau.de v. 22.09.15, abrufbar unter <https://www.tagesschau.de/ausland/eu-innenminister-111.html> (zuletzt abgefragt am 27.12.15).

⁶⁷ Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung eines Umsiedlungsmechanismus für Krisensituationen und zur Änderung der Verordnung Nr. 604/2013, COM(2015) 450 final, abrufbar unter <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2015/DE/1-2015-450-DE-F1-1.PDF> (zuletzt abgefragt am 27.12.15).

⁶⁸ Vgl. für die genaue Berechnung Anhang V dieser Arbeit.

⁶⁹ Am 01.12.15 debattierte das Europäische Parlament hierüber, Pressemitteilung des Parlaments v. 01.12.15, abrufbar unter <http://www.europarl.europa.eu/news/it/news-room/20151130IPR05304/Permanent-relocation-scheme-and-list-of-safe-countries-of-origin-state-of-play> (zuletzt abgefragt am 27.12.15).

3. Gemeinsame europäische Liste sicherer Herkunftsstaaten

Des Weiteren schlägt die Kommission eine Verordnung auf Grundlage von Art. 78 II lit. d AEUV für eine gemeinsame EU-Liste der sicheren Herkunftsstaaten vor.⁷⁰ Als sichere Herkunftsstaaten im Sinne der Asylverf-RL werden im Anhang des Verordnungsentwurfs alle Staaten des westlichen Balkans und die Türkei vorgesehen.⁷¹ Insb. stellt die Kommission in den ErwG 7 ff. darauf ab, dass diese Länder wichtigen internationalen Menschenrechtsübereinkommen angehören und die meisten von ihnen vom Europäischen Rat als Beitrittskandidaten bestätigt wurden, die die Kopenhagener Kriterien erfüllen. In Art. 4 I des Entwurfs, der Art. 36 I der Asylverf-RL ändern soll, wird jedoch eine individuelle Prüfung aller Asylanträge garantiert, sodass der Antragsteller trotz der Staatsangehörigkeit eines sicheren Herkunftsstaats schwerwiegende Gründe darlegen kann, dass der Staat in seinem speziellen Fall nicht als sicherer Herkunftsstaat zu betrachten ist. Im Falle der Staatsangehörigkeit eines sicheren Herkunftsstaates gilt folglich eine Vermutung, dass der Herkunftsstaat für den Antragsteller sicher ist, sofern Letzterer keine Gegenargumente vorbringt (vgl. ErwG 40 Asylverf-RL). Hierdurch wird eine zügigere Bearbeitung dieser Asylanträge in allen Mitgliedstaaten bezweckt.⁷² Um die VO zu verabschieden, müssen sich Parlament und Rat gem. Art. 78 II lit. d AEUV im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren einigen.⁷³

4. Effektivere Organisation der Rückkehr/Rückführung

Als vierten Eckpfeiler sieht das Second Implementation Package die effektivere Organisation der Rückkehr bzw. Rückführung vor. Hierfür hat die Kommission einen EU-Aktionsplan⁷⁴ entworfen, der insb. die Förderung der freiwilligen Rückkehr, die stärkere Durchsetzung der EU-Vorschriften wie der Rückführungsrichtlinie⁷⁵, einen verstärkten Austausch von Informationen zur Durchsetzung der Rückkehr, die Stärkung der Rolle und des Mandats von

⁷⁰ Vorschlag für eine Verordnung zur Erstellung einer gemeinsamen EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten, COM(2015) 452 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/proposal_for_regulation_of_the_ep_and_council_establishing_an_eu_common_list_of_safe_countries_of_origin_de.pdf (zuletzt abgefragt am 27.12.15).

⁷¹ Anhang abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/proposal_for_regulation_of_the_ep_and_council_establishing_an_eu_common_list_of_safe_countries_of_origin_-_annex_en.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

⁷² Vgl. Punkt 1.1. des Kommissionsvorschlag (Fn. 70).

⁷³ Am 01.12.15 debattierte das Europäische Parlament hierüber, s. Fn. 69.

⁷⁴ EU-Aktionsplan für die Rückkehr, COM(2015) 453 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication_from_the_ec_to_ep_and_council_-_eu_action_plan_on_return_de.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

⁷⁵ Richtlinie 2008/115/EG über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger, ABl. L 348 v. 24.12.2008, S. 98.

Frontex insb. durch Aufbau des „Hotspots-Konzepts“⁷⁶, die Einführung eines integrierten Rückkehrmanagements sowie die Stärkung der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern im Bereich der Rückübernahme vorsieht. Darüber hinaus hat die Kommission ein diesbezügliches Handbuch für die nationalen Behörden veröffentlicht.⁷⁷

5. Sonstiges

Des Weiteren hat die Kommission eine Mitteilung erlassen, die den Behörden auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene Leitlinien an die Hand gibt, wie sie die dringendsten Bedürfnisse der Asylsuchenden einfach, rasch und unbürokratisch unter Wahrung der Vergabevorschriften der EU erfüllen können.⁷⁸ Ein weiterer Pfeiler des Second Implementation Packages ist die externe Dimension der Flüchtlingskrise⁷⁹. Hierin geht die Kommission der Frage nach, wie das auswärtige Handeln der EU zur Bewältigung der Flüchtlingskrise beitragen kann. Darüber hinaus hat die Kommission 1,8 Mrd. € für einen Nothilfe-Treuhandfonds bereitgestellt, der die Stabilität in Afrika stützen und die Ursachen irregulärer Migration bekämpfen soll.⁸⁰

6. Vertragsverletzungsverfahren

Als weiteren Pfeiler setzt die Kommission auf die Ausübung von Druck auf die Mitgliedstaaten zur Einhaltung und Durchsetzung bestehender EU-Asylrechtsregeln. Dem folgend hat die Kommission am 23.09.15 gegen 19 Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren, darunter auch zwei gegen Deutschland, in insgesamt 40 Fällen eingeleitet⁸¹: 37 neue Mahnschreiben sind an insgesamt 19 Mitgliedstaat abgeschickt und damit die Verfahren gem. Art. 258 I AEUV eröffnet worden. An Bulgarien und Spanien sind begründete Stellungnahmen wegen der Nichtmitteilung nationaler Maßnahmen zur Umsetzung der Anerkennungs-RL übermittelt worden. An Griechenland ist zudem ein

⁷⁶ Vgl. S. 9 des Aktionsplans: „Im Rahmen dieses Konzepts kann Frontex mobile Teams entsenden, um vor Ort operative Unterstützung zu leisten sowie diesen Mitgliedstaaten an den Außengrenzen Informationen betreffend die Rückkehr in unterschiedlichen Phasen zu liefern.“

⁷⁷ Return Handbook, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/return_handbook_en.pdf (zuletzt abgefragt am 11.12.15).

⁷⁸ Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe, COM(2015) 454 final, abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015D C0454&from=DE> (zuletzt abgefragt am 11.12.15).

⁷⁹ Bewältigung der Flüchtlingskrise in Europa: Die Rolle des auswärtigen Handelns der EU, JOIN(2015) 40 final, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015JC0040&from=en> (zuletzt abgefragt am 11.12.15).

⁸⁰ Draft Commission Decision of 9.9.2015 on the establishment of a European Union Emergency Trust Fund for stability and addressing root causes of irregular migration and displaced persons in Africa, C(2015) 6251 draft, abrufbar unter http://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/draft-commission-decision-on-trust-fund-6251_en_0.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

⁸¹ Pressemitteilung der Kommission v. 23.09.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5699_de.htm (zuletzt abgefragt am 10.12.15), die Tabelle der einzelnen Vorwürfe befindet sich im Anhang VI dieser Arbeit.

zweites ergänzendes Aufforderungsschreiben wegen Verstoßes gegen die Aufnahme-RL und die Asylverf-RL ergangen. Insg. laufen nun 75 Verfahren betreffend die Umsetzung und Durchsetzung von EU-Asylrecht.⁸² Am 10.12.15 hat die Kommission zudem acht Aufforderungsschreiben wegen unvollständiger Umsetzung und Anwendung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems erlassen.⁸³

7. Fazit

Durch das Second Implementation Package wurden konkrete Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise angestoßen. Die Kommission ist für deren Umsetzung auf den Willen der Mitgliedstaaten und der EU-Bevölkerung angewiesen, der über das Parlament und den Rat Eingang in den Entscheidungsprozess findet. Positiv ist zu sehen, dass man sich auf die Verteilung weiterer 120.000 Flüchtlinge einigen konnte. Auch wenn keine quotenmäßige Verteilung erzielt und die Möglichkeit der „Strafzahlungen“ nicht vom Rat übernommen wurde, so ist es bemerkenswert, dass eine solche Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit durchgeboxt werden konnte. Der Mehrheitsbeschluss ist in den Verträgen vorgesehen und somit rechtlich möglich. Es scheint daher fast lächerlich, wenn der slowakische Regierungschef Robert Fico verkündet, sein Land werde sich nicht an das „Diktat“ halten⁸⁴ oder wenn Tschechiens Präsident Milos Zeman hofft, der Mehrheitsbeschluss werde vom folgenden Sondergipfel annulliert.⁸⁵ Umso bedeutender ist es auch, dass die Kommission gerade jetzt Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat. Das zeigt, dass sie als Hüterin der Verträge (Art. 17 AEUV) ihren Job (jetzt) auch ernst nimmt. Der Druck zur Einhaltung der bestehenden Regelungen im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem kommt bei der widerspenstigen Haltung einiger Mitgliedstaaten gerade recht. Die bereits bestehenden gemeinsamen Regeln und auch die neu gefassten Beschlüsse müssen eingehalten werden. Auch zeigt die Vorgehensweise der Kommission, dass kein Staat verschont wird: „Selbst“ an Deutschland wurden zwei Mahnschreiben versandt. Zusammenfassend ist deutlich erkennbar, dass die Kommission als „Motor der Integration“ auch im Bereich Asylrecht ordentlich „Dampf macht“. Und dies ist auch dringend nötig, um sich der Flüchtlingskrise zu stellen.

⁸² Vgl. die Übersicht mit dem aktuellen Verfahrensstand unter: <http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-is-new/eu-law-and-monitoring/infringements-by-policy-asylum-en.htm> (zuletzt abgefragt am 10.12.15).

⁸³ Pressemitteilung der Kommission v. 10.12.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6276_de.htm (zuletzt abgefragt am 10.12.15). Diese betreffen Griechenland, Kroatien, Italien, Malta und Ungarn.

⁸⁴ „Lieber gehe ich in ein Strafverfahren gegen die Slowakei, als dass ich dieses Diktat respektiere“. Slowakischer Premier, Welt.de v. 23.09.15, abrufbar unter <http://www.welt.de/politik/ausland/article146744161/Rationale-Argumente-wurden-einfach-niedergewalzt.html> (zuletzt abgefragt am 01.10.15). Vgl. zu den eingeleiteten rechtlichen Schritten unten C.V.12.

⁸⁵ Küstner, Fn. 66.

V. Sonstige aktuelle Maßnahmen und Entwicklungen

1. Communications der Kommission

Am 23.09.15 hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker auf einem informellen Gipfel der Staats- und Regierungschefs seine „Communication on Managing the refugee crisis“ präsentiert.⁸⁶ In dieser werden eine Reihe vorrangiger Maßnahmen festgelegt, die bis April 2016 ergriffen werden sollen.⁸⁷

Die erste Säule der zu ergreifenden Maßnahmen bilden die operativen Maßnahmen. Hierzu zählen die vollständige Einführung von in Brennpunktgebieten tätigen Teams zur Unterstützung der Umverteilungsregelungen und der Migrationssteuerung (sog. Migration Management Support Teams, die in „Hotspot“ Gebieten arbeiten)⁸⁸, Einleitung des Katastrophenschutzverfahrens⁸⁹ oder Bildung von Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke⁹⁰, Normalisierung des Schengen-Raums, Aufhebung der Binnengrenzkontrollen, Verstärkung der diplomatischen Offensive und Intensivierung der Zusammenarbeit mit Drittstaaten.

Die zweite Komponente der Mitteilung bildet die finanzielle Unterstützung sowohl der Mitgliedstaaten als auch der EU-Agenturen, des World Food Programme und der sonstigen einschlägigen Fonds.⁹¹

⁸⁶ Operative, haushaltspolitische und rechtliche Sofortmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda, COM(2015) 490 final, abrufbar unter https://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXV/EU/07/81/EU_78131/imfname_10577003.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

⁸⁷ ANNEX I: Vorrangige Maßnahmen, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication_on_managing_the_refugee_crisis_annex_1_de.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

⁸⁸ ANNEX II: Teams zur Unterstützung der Migrationssteuerung an Hotspots, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication_on_managing_the_refugee_crisis_annex_2_de.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

⁸⁹ EU Civil Protection Mechanism: kann aktiviert werden, um verschiedene Arten von Hilfe in Form von Sachleistungen einschließlich Modulen (Teams und Ausrüstung), Unterkünften, medizinischer Versorgung und sonstiger Hilfsgüter sowie Fachwissen zu mobilisieren. Mittlerweile sind 33 Staaten daran beteiligt.

⁹⁰ Rapid Border Intervention Teams (RABIT): Die Mitgliedstaaten können um Entsendung dieser Teams ersuchen, die bei plötzlichem oder außergewöhnlichem Migrationsdruck unmittelbare Unterstützung beim Grenzschutz leisten. Frontex finanziert nationale technische und personelle Ressourcen der Mitgliedstaaten und sorgt für deren Bereitstellung. Vgl. ANNEX III to the Communication: The Rapid Border Intervention Teams mechanism (RABIT), abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication_on_managing_the_refugee_crisis_annex_3_en.pdf (zuletzt abgefragt am 11.12.15).

⁹¹ Siehe hierzu die Annexe IV, V und VI zu der Mitteilung: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication_on_managing_the_refugee_crisis_annex_4_de.pdf; http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication_on_managing_the_refugee_crisis_annex_5_de.pdf; http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication_on_managing_the_refugee_crisis_annex_6_de.pdf

Im nächsten Pfeiler der Mitteilung beschreibt die Kommission das Ziel, ein langfristiges widerstandsfähiges Asyl-System aufzubauen. Hierzu zählen ein verstärkter Schutz der EU-Außengrenzen insb. durch Erweiterung des Mandats von Frontex, ein langfristiges EU-weites System für Neuansiedlung und Umsiedlung, eine glaubwürdige und wirksame Rückkehrpolitik und eine Öffnung legaler Migrationskanäle. Die Kommission hat hierfür im Dezember 2015 die Einrichtung eines europäischen Grenz- und Küstenschutzsystems und Ausweitung des Frontex-Mandats vorgeschlagen.⁹² Außerdem wird sie im März 2016 ein Maßnahmenpaket zur legalen Migration einschließlich Überarbeitung der Blue-Card-Richtlinie präsentieren. Im März 2016 wird die Kommission darüber hinaus ein Vorschlag zur Reform der Dublin III-VO vorlegen. Auch einen Vorschlag für ein strukturiertes Neuansiedlungssystem wird folgen.

In einer weiteren Mitteilung der Kommission vom 14.10.15 beschrieb sie den aktuellen Stand der Implementierung der Europäischen Migrationsagenda.⁹³ Auch am 17.11.15⁹⁴ sowie am 23.12.15⁹⁵ äußerte sich die Kommission zum aktuellen Stand. Sie moniert, dass die finanziellen Zusagen der Mitgliedstaaten größtenteils nicht eingehalten wurden.⁹⁶ Auch laufen die Zusagen und Mitteilungen an die Kommission hinsichtlich der Umverteilung schleppend. Dies betrifft auch den Aufbau der Hotspots⁹⁷ sowie die Rückführungen⁹⁸. Ebenso berichtet die Kommission, dass die Unterstützung der Mitgliedstaaten i.R.d. Katastrophenschutzverfahrens zugunsten von Serbien, Slowenien und Kroatien nicht ausreichend ist.⁹⁹ Eine ähnliche Bilanz zieht der Träger der Ratspräsidentschaft der zweiten

[implementation-package/docs/communication_on_managing_the_refugee_crisis_annex_6_de.pdf](#) (alle zuletzt abgefragt am 30.12.15).

⁹² Vgl hierzu C.V.15.

⁹³ Lagebericht zur Umsetzung der Prioritäten im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda, COM(2015) 510 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication_on_eam_state_of_play_20151014_de.pdf und jeweilige Annexe (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

⁹⁴ Pressemitteilung der Kommission v. 17.11.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6114_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

⁹⁵ Pressemitteilung der Kommission v. 23.12.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6134_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

⁹⁶ Eine Übersicht über die finanziellen Zusagen ist unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/press-material/docs/state_of_play_-_member_state_pledges_en.pdf einsehbar; eine Übersicht zur Unterstützung der Mitgliedstaaten für die Notfall-Umsiedlung findet sich hier: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/press-material/docs/state_of_play_-_relocation_en.pdf (beide zuletzt abgefragt am 30.12.15).

⁹⁷ Aktueller Stand der Hotspot-Kapazitäten: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/press-material/docs/state_of_play_-_hotspots_en.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

⁹⁸ Rückführungen seit September: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/press-material/docs/state_of_play_-_returns_en.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

⁹⁹ Übersicht unter: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/press-material/docs/state_of_play_-_ucpm_support_en.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15). Zu diesen Staaten tritt als fünfter nun auch Griechenland.

2. Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs

Am 23.09.15 kamen die Staats- und Regierungschefs zu einer informellen Tagung des Europäischen Rates zusammen. I.R. einer Erklärung ersuchen die Staats- und Regierungschefs die Organe der EU und die eigenen Regierungen, zügig an den von der Kommission vorgeschlagenen vorrangigen Maßnahmen zu arbeiten.¹⁰¹ Des Weiteren wurde in der Erklärung beschlossen, dass noch vor der Oktobertagung des Europäischen Rates operative Entscheidungen entsprechend der in der Erklärung verfassten *Orientierung* getroffen werden müssen.

Hierzu zählt insbesondere die Deckung des dringendsten Bedarfs der Flüchtlinge in der Region durch Unterstützung des UNHCR, des Welternährungsprogramms und anderer Agenturen durch einen zusätzlichen Betrag i.H.v. 1 Mrd. €. Darüber hinaus soll die Unterstützung Libanons, Jordaniens, der Türkei und anderer Länder bei der Bewältigung der syrischen Flüchtlingskrise fokussiert werden, auch durch Aufstockung des „Madad-Fonds“¹⁰². Des Weiteren sollen die Länder des westlichen Balkans bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme unterstützt werden. Die Mittelausstattung des Nothilfe-Treuhandfonds der EU für Afrika soll aufgestockt werden. Außerdem soll ein Fokus auf die Bewältigung der Lage an den Außengrenzen, insb. durch eine Verstärkung der Kontrollen und Mittelerhöhung für Frontex, EASO und Europol, gerichtet werden. Das Hotspot-Konzept soll bis spätestens November fertig gestellt werden. Die Mittelausstattung des Fonds AMIF soll aufgestockt werden.

Im Hinblick auf Syrien rufen die Staats- und Regierungschefs zu erneuten internationalen Anstrengungen unter Führung der UN auf, um den dortigen Krieg zu beenden.

Des Weiteren erinnern sie daran, dass sich alle Mitgliedstaaten uneingeschränkt an die Dublin-Regeln zu halten haben, da ansonsten das Gemeinsame Europäische Asylsystem nicht umgesetzt wird.

¹⁰⁰ Presidency Report – Managing migration flows, 16.12.15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2015/12/17-presidency-report-managing-migration-flows/> (zuletzt abgefragt am 02.01.16).

¹⁰¹ Vgl. Pressemitteilung des Europäischen Rates v. 24.09.15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/09/23-statement-informal-meeting/> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁰² EU Regional Trust Fund in Response to the Syrian Crisis, Siehe hierzu http://ec.europa.eu/enlargement/neighbourhood/countries/syria/madad/index_en.htm (zuletzt abgefragt am 06.01.16).

3. Tagung des Rates Justiz und Inneres

Am 08.10.15 legten sich die Minister für Justiz und Inneres auf gemeinsame Schlussfolgerungen zur Rückkehrpolitik fest.¹⁰³ Diese sei ein Teil der umfassenden Migrationspolitik der EU. Dabei sollen höhere Rückkehrquoten vor irregulärer Migration abschrecken. Hierfür schlägt der Rat verschiedene Maßnahmen sowie eine Erhöhung des Budgets für die Bewältigung der Flüchtlingskrise vor.¹⁰⁴

4. Der EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 15.10.15 und der Gemeinsame Aktionsplan mit der Türkei

Die Staats- und Regierungschefs einigten sich auf dem Treffen am 15.10.15 auf verschiedene Orientierungspunkte:

Erstens soll die Zusammenarbeit mit Drittstaaten zur Eindämmung der Flüchtlingsströme gestärkt werden.¹⁰⁵

Hierfür wurde insb. ein gemeinsamer Aktionsplan mit der Türkei¹⁰⁶ ausgearbeitet. Dieser Prozess wurde bereits eingeleitet, als der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan am 05.10.15 zu Besuch in Brüssel war.¹⁰⁷ Der erste Teil des Aktionsplans sieht die Einrichtung einer Flüchtlingsfazilität für die Türkei vor, um die finanzierten Maßnahmen zu koordinieren und zu bündeln, damit den unter vorübergehendem Schutz stehenden Syrern sowie den aufnehmenden Gemeinschaften in der Türkei geholfen wird. Die Türkei soll als Gegenleistung an der effektiven Implementierung der Rechte von Flüchtlingen arbeiten. Teil zwei des Aktionsplans betrifft die verstärkte Zusammenarbeit, um irreguläre Migration zu verhindern. Der Visaliberalisierungs-Dialog und die Beitrittsverhandlungen zwischen EU und Türkei sollen intensiviert werden. Ohne an dieser Stelle auf die Details eingehen zu können, stellt der Aktionsplan eine Art Austauschgeschäft dar: Die EU ist bereit, die für Flüchtlingsunterkünfte in der Türkei zur Verfügung gestellten Mittel aufzustocken¹⁰⁸ und einen verstärkten politischen Dialog hinsichtlich Visaliberalisierung für Türken und EU-Beitritt mit der Türkei zu führen. Im Gegenzug sollen die Flüchtlinge in der Türkei einbehalten und

¹⁰³ Ratsdokument Nr. 12856/15 v. 08.10.15, abrufbar unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12856-2015-INIT/de/pdf> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁰⁴ Pressemitteilung des Rates v. 08.10.15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/10/8-council-approves-money-refugee/> (zuletzt abgefragt am 13.10.15).

¹⁰⁵ Schlussfolgerung des Europäischen Rates v. 15.10.15, EUCO 26/15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/10/16-euco-conclusions/> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁰⁶ EU-Turkey Joint Action Plan v. 15.10.15, agreed ad referenda, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-5860_en.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁰⁷ Draft Action Plan: Stepping up EU-Turkey cooperation, 06.10.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-5777_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁰⁸ Am 24.11.15 wurde die beschriebene Flüchtlingsfazilität für die Türkei in Höhe von 3 Mrd. € eingerichtet, Pressemitteilung der Kommission vom 24.11.15, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6162_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

am Übertreten der EU-Außengrenzen gehindert werden. Trotz des ernüchternden Berichts zur Rechtslage in der Türkei¹⁰⁹, ist die EU bereit, eine verstärkte Kooperation anzustreben. Kritisch zu sehen ist hierbei auch, dass die Türkei der GFK nur mit einem sog. geographischen „Vorbehalt“ beigetreten ist. Dies bedeutet, dass gem. einer Erklärung durch die Türkei entsprechend Art. 1 B 1. lit. a GFK diese in der Türkei nur auf solche Flüchtlinge Anwendung findet, die die Staatsangehörigkeit europäischer Staaten haben.¹¹⁰ Folglich haben die nicht-europäischen Flüchtlinge in der Türkei kein Anrecht auf Asyl. Ihnen wird nur dann ein temporärer Aufenthalt erlaubt, solange ihr Schutzgesuch vom UNHCR überprüft wird.¹¹¹ Die Millionen Flüchtlinge z.B. aus Syrien genießen in der Türkei also nur einen Schutzstatus über den UNHCR und gerade nicht nach türkischem Recht. Dass die EU dennoch auf die Türkei als strategischen Partner setzt, ist ein Zeichen dafür, dass der EU in dieser schwierigen Lage auch heikle Mittel recht sind und dass die Türkei hier am längeren Hebel sitzt.

Ein weiterer Orientierungspunkt der Staats- und Regierungschefs betrifft die Verstärkung des Schutzes der Außengrenzen der EU. Der dritte Punkt der Schlussfolgerung betrifft die Reaktion auf den Zustrom von Flüchtlingen und die Sicherstellung der Rückkehr, insb. durch Einrichtung weiterer Registrierungscentren und die Umsetzung der Umsiedlungsbeschlüsse sowie der Rückführungsrichtlinie. Es soll ein „spezielles Rückführungsbüro im Rahmen von Frontex“ eingerichtet werden. Nach dem Grundsatz „mehr für mehr“¹¹² soll die Hebelwirkung im Bereich Rückkehr/Rückführung gesteigert werden.

5. Stellungnahme der Kommission zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen
Zahlreiche Schengen-Staaten haben temporäre Grenz-Kontrollen in Kraft gesetzt.¹¹³ Am 23.10.15 hat die Kommission entsprechend Art. 24 IV des Schengener Grenzkodex¹¹⁴ eine

¹⁰⁹ Turkey 2015 Report, Kommission v. 10.11.15, SWD(2015) 216 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2015/20151110_report_turkey.pdf. Vgl. auch den Bericht von Human Rights Watch v. 23.11.15 der zeigt, dass syrische Flüchtlinge an der türkischen Grenze abgeblockt und nach Syrien zurückgeschickt werden: <https://www.hrw.org/news/2015/11/23/turkey-syrians-pushed-back-border>. Von Problemen bei der Durchführung der Rückübernahme berichtet *Güsten* im Weser Kurier v. 11.12.15, abrufbar unter http://www.weser-kurier.de/startseite_artikel,-Tuerkei-bremst-bei-Fluechtlingen-arid,1271160.html (alles zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹¹⁰ *ProAsyl*, Überleben im Transit, Zur Situation von Flüchtlingen in der Türkei, abrufbar unter http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/NEWS/2012/_12_03_16_BHP_PA_Tuerkei_2_03.pdf (zuletzt abgefragt am 11.01.16), S. 4. Daran ändert auch die Ratifizierung des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge nichts, Art. I Abs. 3 des Protokolls.

¹¹¹ *ProAsyl* (Fn. 110), S. 4.

¹¹² Dies ist ein allgemeiner Grundsatz der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Die EU entwickelt stärkere Partnerschaften zu den Nachbarstaaten, die größere Fortschritte bei demokratischen Reformen machen. Vgl. hierzu die Information des Parlaments zur Europäischen Nachbarschaftspolitik, abrufbar unter http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_6.5.4.pdf (zuletzt abgefragt am 11.01.16).

¹¹³ Vgl. die Karte im Anhang VII dieser Arbeit. Die aktuellen Zahlen variieren.

¹¹⁴ Verordnung (EG) Nr. 562/2006 über einen Grenzkodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen, ABl. L 105 v. 13.04.06, S. 1, fortan SGK.

Stellungnahme zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen durch Deutschland und Österreich verabschiedet.¹¹⁵ Die Kommission ist zu dem Ergebnis gelangt, dass die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen durch Deutschland (am 13.09.15) und Österreich (am 16.09.15) sowie deren Verlängerungen im Einklang mit dem SGK stünden. Die Kommission ist der Auffassung, dass der plötzliche Anstieg der Zahl von Personen, die um internationalen Schutz nachsuchen, an den Grenzen von Deutschland und Österreich die öffentliche Ordnung und die innere Sicherheit gefährde und die in Art. 23, 23a, 24 und 25 SGK vorgesehenen außerordentlichen Maßnahmen rechtfertige. Aus diesem Grund betrachtet die Kommission die Maßnahmen Deutschlands und Österreichs als notwendig und verhältnismäßig. Allerdings behält sie sich eine Neubewertung der Maßnahmen im Falle einer weiteren Verlängerung ausdrücklich vor. Sie weist darauf hin, dass gemäß Art. 25 IV SGK und unbeschadet der Möglichkeit der Verlängerung nach Art. 23 IV SGK die Einführung der Grenzkontrollen zwei Monate nicht überschreiten darf. Am 28.10.15 hat die Bundesregierung die Grenzkontrollen zunächst bis 13. November verlängert.¹¹⁶

6. 17-Punkte-Plan bezüglich der West-Balkan-Route

Vertreter von Deutschland, Österreich, Bulgarien, Kroatien, Griechenland, Ungarn, Rumänien, Slowenien und den Nicht-EU-Mitgliedstaaten Albanien, Serbien und der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien kamen am 25.10.15 zu einem Treffen in Brüssel zusammen, um über die West-Balkan-Route¹¹⁷ zu diskutieren und die Zusammenarbeit zu verbessern.¹¹⁸ Hierbei konnte man sich auf die Umsetzung von 17 Maßnahmen ab dem 26.10.15 einigen, die einen permanenten Informationsaustausch, Begrenzung von Sekundärbewegungen, Unterstützung der Flüchtlinge und Bereitstellung von Unterkünften und Ruhemöglichkeiten, Gemeinsame Steuerung der Migrationsströme sowie Grenzmanagement, Bekämpfung von Schleusung und Menschenhandel und die Überwachung eben dieser Maßnahmen fokussieren sollen.¹¹⁹ Beispielhaft sei die Einrichtung

¹¹⁵ C(2015) 7100 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/documents/policies/borders-and-visas/general/docs/commission_opinion_necessity_proportionality_controls_internal_borders_germany_austria_en.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹¹⁶ Tagesschau.de v. 29.10.15, Grenzen zu Deutschland: De Maizièrè hält an Kontrollen fest, abrufbar unter <http://www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-deutschland-137.html> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹¹⁷ Die sog. West-Balkan-Route ist eine hochfrequentierte Fluchtroute in EU. Sie führt von Griechenland über Mazedonien, Serbien, Ungarn, Österreich zur deutschen Grenze.

¹¹⁸ Pressemitteilung der Kommission v. 25.10.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5904_de.htm; Leader's Statement abrufbar unter http://ec.europa.eu/news/2015/docs/leader_statement_final.pdf (beides zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹¹⁹ Die Stimmung war höchst angespannt. Slowenien warnte vor einem Auseinanderbrechen der EU. Ungarn hingegen sieht sich gänzlich außen vor: es liege nicht mehr auf der Route und sei daher nur „Beobachter“; beides entnommen aus Tagesschau.de v. 25.10.15: EU-Treffen zur Balkan-Flüchtlingskrise: Schnelle Hilfe,

von Kontaktstellen zu nennen, die den täglichen Informationsaustausch und die Koordinierung des Verkehrs von Personen entlang der Westbalkanroute ermöglichen.¹²⁰ Insg. sollen 100.000 weitere Unterkunftsplätze, 50.000 davon in Griechenland geschaffen werden.

7. EU-Ratsvorsitz verstärkt Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten durch Aktivierung der IPCR-Regelung

Am 30.10.15 hat der luxemburgische Vorsitz des Rates beschlossen, die integrierte Regelung für die politische Reaktion auf Krisen (Integrated Political Crisis Response arrangements, IPCR) im „Informationsaustausch-Modus“ zu aktivieren.¹²¹ Ziel ist die Überwachung der Entwicklung der Migrationsströme, die Unterstützung der Beschlussfassung und die verbesserte Durchführung der vereinbarten Maßnahmen. I.R.d. Modus sind die Mitgliedstaaten und EU-Organe und -Agenturen dazu gehalten, über eine gemeinsame Internet-Plattform aktuelle Informationen über die Lage vor Ort auszutauschen. IPCR soll die Fähigkeit der EU zu raschen Entscheidungen im Fall von schweren Krisen stärken.¹²²

8. Weitere finanzielle Unterstützungen

Am 06.11.15 hat die Kommission Slowenien 10,17 Mio. € sowie Kroatien 16,43 Mio. € Soforthilfe zur Bewältigung hoher Flüchtlingszahlen bereitgestellt.¹²³ Die Mittel stammen aus dem Fonds für die innere Sicherheit – Grenzen und Visa (ISF) und dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF). Die Mittel dienen der Finanzierung von den seit September 2015 ergriffenen Maßnahmen.

strenge Maßnahmen, abrufbar unter <http://www.tagesschau.de/ausland/fluechtlinge-eu-111.html> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹²⁰ Am 27.10.15 hat jedes der teilnehmenden Ländern ihre Kontaktperson nominiert. Auch weitere Maßnahmen wurden bis zu diesem Datum bereits umgesetzt, vgl. Pressemitteilung der Kommission v. 27.10.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5924_en.htm und v. 29.10.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5952_de.htm (beides zuletzt abgefragt am 30.12.15). Am 14.12.15 haben Kommission und UNHCR ein Mietkostenzuschuss- und Gastfamilienprogramm zur Bereitstellung von 20 000 Aufnahmeplätzen für Asylsuchende in Griechenland gestartet, Pressemitteilung der Kommission v. 14.12.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6316_de.htm (zuletzt abgefragt am 02.01.15).

¹²¹ Pressemitteilung des Rates vom 30.10.15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/10/30-migratory-crisis-activating-ipcr/> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹²² Nähere Informationen hierzu unter <http://www.consilium.europa.eu/de/documents-publications/publications/2014/eu-ipcr/> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹²³ Pressemitteilungen der Kommission vom 06.11.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6018_de.htm bzw. http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6025_de.htm (beide zuletzt abgefragt am 30.12.15).

9. Valletta-Gipfel

Auf dem Migrationsgipfel in Valletta am 11. und 12.11.15 haben die europäischen und afrikanischen Staats- und Regierungschefs Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit sowie die aktuellen Herausforderungen und Chancen der Migration erörtert. Der Gipfel endete mit einer politischen Erklärung und einem Aktionsplan.¹²⁴ Letzterer zielt auf die Bekämpfung der Ursachen für irreguläre Migration und Vertreibung, die Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich der legalen Migration und Mobilität, die Erhöhung des Schutzes für Migranten und Asylbewerber, die Verhinderung und Bekämpfung der irregulären Migration, der Schleusung von Migranten und des Menschenhandels sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Rückführung und Rückübernahme.¹²⁵ Die Ausführung des Aktionsplans soll mit Hilfe der bestehenden Mechanismen des Rabat-Prozesses, des Khartum-Prozesses und der Gemeinsamen Strategie EU-Afrika überwacht werden.¹²⁶ Außerdem wurde eine Liste mit 16 bis Ende 2016 zu ergreifenden Maßnahmen erstellt, wie z.B. Projekte, die die Beschäftigungsmöglichkeiten in den Herkunfts- und Transitregionen von Migranten in Ost-, Nord- und Westafrika verbessern sollen. Zur Finanzierung der Implementierung wurde ein Nothilfe-Treuhandfonds zur Unterstützung der Stabilität und zur Bekämpfung der Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibungen eingerichtet.¹²⁷ Der Fonds soll den Gebieten der am stärksten frequentierten Migrationsrouten von Afrika nach Europa zugutekommen. Der Gipfel zeigt, dass die EU den afrikanischen Ländern unter die Arme greifen möchte, damit diese den Menschen eine Perspektive bieten können und sich folglich nicht auf den Weg nach Europa machen. Kurz gesagt: das Ziel ist die Beseitigung der Push-Faktoren.

Die EU und Äthiopien¹²⁸ haben am 11.11.15 am Rande des Valletta-Gipfels eine Gemeinsame Agenda für Migration und Mobilität unterzeichnet.¹²⁹ Die Gemeinsame Agenda (Common Agenda(s) for Migration and Mobility, CAMM) ist Teil des Rahmenprogramms

¹²⁴ Politische Erklärung und Aktionsplan können auf folgender Seite heruntergeladen werden: <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2015/11/11-12/> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹²⁵ Eine detaillierte Erörterung finden Sie hier: <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2015/11/11-valletta-summit-press-pack/> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹²⁶ Eine Übersicht zu diesen Mechanismen finden Sie hier: [http://europa.eu/rapid/_press-release MEMO-15-4832_de.htm](http://europa.eu/rapid/_press-release_MEMO-15-4832_de.htm) (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹²⁷ Pressemitteilung der Kommission vom 12.11.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6055_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15). Der Nothilfe-Treuhandfonds setzt sich zusammen aus 1,8 Mrd. EUR, die aus EU-Finanzierungsinstrumenten bereitgestellt werden, und Beiträgen von EU-Mitgliedstaaten und anderen Geldgebern. Bislang haben 25 EU-Mitgliedstaaten und 2 nicht der EU angehörende Geldgeber (Norwegen und die Schweiz) Beiträge in Höhe von insgesamt etwa 81,3 Mio. EUR in Aussicht gestellt. Diese Summe wird zuzüglich zu der Entwicklungshilfe in Höhe von 20 Mrd. € pro Jahr bereitgestellt, die die EU und die Mitgliedstaaten bereits jetzt an afrikanische Länder leisten.

¹²⁸ Äthiopien nimmt mit mehr als 733.000 Flüchtlingen afrikaweit die meisten Flüchtlinge auf und ist auch Herkunfts- und Transitland für irreguläre Migration.

¹²⁹ Pressemitteilung der Kommission vom 11.11.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6050_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

GAMM (Global Approach to Migration and Mobility).¹³⁰

10. Anschläge in Paris

Durch die verheerenden Anschläge in Paris am 13.11.15 ist auch die Migrationsthematik noch näher in den Fokus geraten. Die Gefahr, Rückschlüsse von Migranten auf Islamisten zu ziehen, scheint nicht nur bei Bürgern, sondern auch bei Politikern zu lauern: So sagte der polnische Europaminister Konrad Szymanski, dass Polen die EU-Quoten zur Verteilung der Flüchtlinge nicht mehr erfüllen möchte, vielmehr müsse Polen aus der Attentatsserie Konsequenzen in seiner Flüchtlingspolitik ziehen.¹³¹ Gerade weil einzelne Attentäter von Paris wohl auf der Fluchtroute über Griechenland einreisten¹³², wird die Angst geschürt, dass das (unkontrollierte) Einreisen von Flüchtlingen von Terrororganisationen ausgenutzt werde.¹³³

11. Treffen EU - Türkei

Am 29.11.15 sind führende Politiker der EU mit den türkischen Amtskollegen zusammengekommen¹³⁴. Es wurde vereinbart, den Beitrittsprozess „mit neuer Energie“ weiterzuführen, wozu weitere Kapitel der Beitrittsverhandlungen geöffnet werden sollen.¹³⁵ Es soll ein strukturierter Dialog (Gipfeltreffen mind. zwei Mal im Jahr) etabliert werden. Auch der Visaliberalisierungsprozess wurde thematisiert: Im Oktober könnte die Kommission den Abschluss vorschlagen. Das Rückübernahmeabkommen EU-Türkei soll zudem ab Juni 2016 in vollem Umfang wirksam sein. Der am 15.10.15 ad referendum vereinbarte Aktionsplan wurde in Kraft gesetzt. Außerdem wurden die Erweiterung des Wirtschafts- und

¹³⁰ Nähere Informationen finden Sie unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/international-affairs/global-approach-to-migration/index_en.htm (zuletzt abgefragt am 30.11.15). Es wurden bereits entsprechende Erklärungen mit Kap Verde, Marokko, Tunesien (Mobilitätspartnerschaften) und Nigeria (CAMM) unterzeichnet. Zudem arbeitet die EU momentan an einem regionalen Entwicklungs- und Schutzprogramm (RDPP) für das Horn von Afrika. Vgl. zu RPP und RDPP: <http://www.resettlement.eu/page/regional-protection-programmes> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹³¹ Reaktion auf Pariser Attentate: Polen will Flüchtlingsquote nicht erfüllen, Tagesschau.de v. 14.11.15, abrufbar unter <https://www.tagesschau.de/ausland/anschlaege-paris-polen-fluechtlinge-gabriel-101.html> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹³² Gebauer/Gude, Terror in Paris: Weiterer Attentäter reiste über Griechenland in die EU, Spiegel online v. 23.11.15, abrufbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/paris-anschlaege-weiterer-attentaeter-reiste-ueber-griechenland-in-die-eu-a-1064187.html> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹³³ Vgl. z.B. die Medienkampagne der ungarischen Regierung: „Die Quote erhöht die Terrorbedrohung“, Zeit online v. 03.12.15, Ungarn reicht Klage gegen EU-Flüchtlingsquote ein, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-12/europaeischer-gerichtshof-ungarn-klage-fluechtlingsquote> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹³⁴ Pressemitteilung des Europäischen Rates v. 29.11.15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/11/29-eu-turkey-meeting-statement/> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹³⁵ Am 14.12.15 wurde ein neues Kapitel der Beitrittsverhandlungen (Kap.17: Wirtschafts- und Währungspolitik) eröffnet, fünf weitere Kapitel sollen folgen. Informationen hierzu in der Schlussfolgerung des Rates v. 15.12.15, Dok.-Nr.15365/15, abrufbar unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15356-2015-INIT/de/pdf> (zuletzt abgefragt am 02.01.16), Pt. 13 ff.

Energiedialogs sowie der Ausbau der Zollunion thematisiert. Die finanzielle Unterstützung der Türkei durch die EU wurde nochmals betont. Auch für die anderen Nachbarländer Syriens hat der Regionale EU-Treuhandfonds am 01.12.15 weitere Mittel in Höhe von 350 Mio. € bereitgestellt.¹³⁶

12. Slowakei und Ungarn ziehen vor den EuGH

Am 02. bzw. 03.12.15 haben die Slowakei und Ungarn eine Klage gegen den Beschluss vom 22.09.15 über die Umsiedlung von 120.000 Flüchtlingen eingereicht.¹³⁷ Laut dem slowakischen Ministerpräsidenten sei der Verteilungsschlüssel „unsinnig und technisch unmöglich“.¹³⁸ Außerdem seien die Rechte der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments verletzt; es hätte zudem nur einstimmig entschieden werden dürfen.¹³⁹ Die Slowakei hat im Jahr 2015 bei 154 Asylanträgen acht Menschen Asyl gewährt¹⁴⁰, 802 Flüchtlinge sollen laut dem Beschluss bis September 2017 aus Italien und Griechenland in die Slowakei umgesiedelt werden. Anfang Dezember hat die Slowakei 149 syrische Christen aus irakischen Flüchtlingslagern freiwillig aufgenommen – gegen Flüchtlinge anderer Glaubensrichtungen hingegen wird Wahlkampf betrieben.¹⁴¹ Ungarn wirft der EU „Erpressung und Rache“ vor, weil Ungarns Politik sich gegen die einwanderungsfreundliche Politik der EU gewendet habe.¹⁴² Zudem ist Viktor Orban von einem „Geheimplan“ der EU überzeugt, eine halbe Mio. syrischer Flüchtlinge, die sich zurzeit in der Türkei befinden, innerhalb der EU zu verteilen.¹⁴³ Gem. dem Beschluss sollen nach Ungarn gar keine Flüchtlinge umgesiedelt werden.

13. Tagung des Rates am 03./04.12.15

I.R.d. Sitzung des Rates (Justiz und Inneres) wurde unter anderem über die Integrität des Schengen-Raums diskutiert. Die Minister einigten sich auf die Notwendigkeit einer stärkeren Koordination im Vorfeld nationaler Entscheidungen sowie darauf, die Defizite bei den Kontrollen der Außengrenzen zu beheben. Zudem betonten die Minister die zeitliche

¹³⁶ Pressemitteilung der Kommission v. 08.12.15, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6212_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹³⁷ Beschluss 2015/1601 des Rates vom 22. September 2015 (Fn. 58). EuGH, Slowakei gegen Rat, Rs. C-643/15 und Ungarn gegen Rat, Rs. C-647/15. Siehe zur Kritik dieser Staaten bereits C.IV.1.b)cc).

¹³⁸ Slowakei klagt gegen Flüchtlingsquote in der EU, Zeit online v. 02.12.15, abrufbar unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-12/slowakei-ungarn-victor-orban-fluechtlinge> (zuletzt abgefragt am 09.12.15).

¹³⁹ Heinlein, Juristisch gegen Quoten: Klage aus der Slowakei, Tagesschau.de v. 02.12.15, abrufbar unter <http://www.tagesschau.de/ausland/slowakei-119.html> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁴⁰ Ebenda.

¹⁴¹ Ebenda.

¹⁴² Borchard, Flüchtlingspolitik in der EU: Auch Ungarn klagt gegen Quoten, Tagesschau.de v. 03.12.15, abrufbar unter <https://www.tagesschau.de/ausland/ungarn-klage-101.html> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁴³ Ungarn reicht Klage gegen EU-Flüchtlingsquote ein, Zeit online v. 03.12.15, abrufbar unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-12/europaeischer-gerichtshof-ungarn-klage-fluechtlingsquote> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

Begrenzung der Wiedereinführung der Kontrollen an den Binnengrenzen (sechs Monate).¹⁴⁴ Der Vorsitzende Jean Asselborn ging zudem auf Forderungen in den Medien nach einem Ausschluss Griechenlands aus dem Schengen-Raum ein.¹⁴⁵ Er betonte, dass ein solcher Ausschluss schon rechtlich gar nicht möglich sei, vielmehr sehe das Regelwerk eine schrittweise Behebung der Defizite vor, was zu einer Wiedereinführung der Grenzkontrollen an einigen Grenzabschnitten führen könne. Allerdings wurde darüber diskutiert, wie ein gemeinsamer europäischer Rahmen für die Möglichkeit weiterer Kontrollen an bestimmten Grenzabschnitten über den Zeitraum von sechs Monaten hinaus aussehen könne.¹⁴⁶

14. Griechenland aktiviert EU-Katastrophenschutzverfahren

Am 03.12.15 hat Griechenland als fünfter Mitgliedstaat¹⁴⁷ das EU-Katastrophenschutzverfahren (European Civil Protection Mechanism) aktiviert, einem Frontex-Einsatz an der Grenze zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zur Unterstützung bei der Registrierung von Flüchtlingen zugestimmt und förmlich um Entsendung eines Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke (RABIT, Rapid Border Intervention Team) zur Sicherung seiner Außengrenze auf den ägäischen Inseln ersucht.¹⁴⁸

15. Kommission schlägt einen Europäischen Grenz- und Küstenschutz vor

Am 15.12.15 hat die Kommission ein Maßnahmenpaket zum Management der EU-Außengrenzen und zum Schutz des Schengen-Raums verabschiedet.¹⁴⁹ Es soll ein Europäischer Grenz- und Küstenschutz für die Außengrenzen Europas auf Grundlage von Art. 77 II lit. b, d, 79 II lit. c AEUV eingerichtet werden, der aus einer aus Frontex hervorgehenden Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenschutz sowie den für das Grenzmanagement zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten bestehen soll. Dabei soll vor allem das Personal im Vergleich zu Frontex verdoppelt und die Abhängigkeit von Personal und Ausrüstung der Mitgliedstaaten verringert werden. Außerdem sollen die Mitgliedstaaten den Einsatz der europäischen Grenz- und Küstenwache-Teams fordern können, nach einem Durchführungsbeschluss der Kommission sogar gegen den Willen des betroffenen

¹⁴⁴ Aktuelle Meldung des Ratsvorsitzes v. 04.12.15, abrufbar unter <http://www.eu2015lu.eu/de/actualites/articles-actualite/2015/12/04-conseil-jai-migrations/index.html> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁴⁵ Z.B. zum „SCHEXIT“: EU-Staaten wollen Grenzkontrollen verlängern, Tagesschau.de v. 04.12.15, abrufbar unter: <http://www.tagesschau.de/ausland/eu-grenzkontrollen-101.html> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁴⁶ In Betracht kommt ein Rückgriff auf Art. 26 SGK.

¹⁴⁷ Im September beantragten bereits Ungarn und Serbien Unterstützung; im Oktober folgten Slowenien und Kroatien.

¹⁴⁸ Pressemitteilung der Kommission v. 03.12.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6249_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁴⁹ Pressemitteilung der Kommission v. 15.12.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6327_de.htm. Der VO-Vorschlag COM(2015) 671 final ist abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/securing-eu-borders/legal-documents/docs/regulation_on_the_european_border_and_coast_guard_en.pdf (beides zuletzt abgefragt am 02.01.16).

Mitgliedstaates. Zudem soll eine „Return Office“ eingerichtet werden (ErwG 20 ff., Art. 26). Darüber hinaus schlägt die Kommission eine Änderung des SGK dahingehend vor, dass für alle Personen, die in den Schengen-Raum ein- oder aus diesem ausreisen, ein systematischer Abgleich mit einschlägigen Datenbanken durchgeführt wird.¹⁵⁰

16. Managing the refugee crisis – Mitteilung der Kommission

Am 15.12.15 veröffentlichte die Kommission gleich mehrere Dokumente, die sich mit der Bewältigung der Flüchtlingskrise befassen.¹⁵¹ Sie schlägt die Verabschiedung einer Verordnung zur Einführung eines Europäischen Reisedokuments für Rückführungen vor.¹⁵² Des Weiteren erläutert die Kommission die Fortschritte in Griechenland¹⁵³, Italien¹⁵⁴ und dem Westbalkan¹⁵⁵. Darüber hinaus macht die Kommission den Vorschlag, Schweden aufgrund der besonderen Belastung durch den starken Anstieg ankommender Flüchtlinge für die Dauer eines Jahres von der EU-Umverteilungsregelung auszunehmen.¹⁵⁶ Zudem legt die Kommission eine Empfehlung für eine Vereinbarung mit der Türkei über die freiwillige Aufnahme syrischer Flüchtlinge aus humanitären Gründen vor.¹⁵⁷ Bei der Aufnahme aus humanitären Gründen handelt es sich um ein beschleunigtes Verfahren, in dem Staaten Vertriebene aus Drittstaaten aufnehmen, um ihnen Schutz zu bieten. Dabei stellt dieses Verfahren eine Alternative zur Neuansiedlung¹⁵⁸ dar, welche bis zu 12 Monate in Anspruch

¹⁵⁰ Entwurf einer diesbezüglichen Verordnung (COM(2015) 670 final) abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/securing-eu-borders/legal-documents/docs/proposal_on_the_schengen_borders_code_en.pdf (zuletzt abgefragt am 02.01.16).

¹⁵¹ Übersicht abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/background-information/index_en.htm (zuletzt abgefragt am 02.01.16).

¹⁵² COM(2015) 668 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/securing-eu-borders/legal-documents/docs/european_travel_document_for_the_return_of_illegally_staying_third-country_nationals_en.pdf (zuletzt abgefragt am 02.01.16).

¹⁵³ COM(2015) 678 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/securing-eu-borders/legal-documents/docs/communication_-_progress_report_on_the_implementation_of_the_hotspots_in_greece_en.pdf (zuletzt abgefragt am 02.01.16).

¹⁵⁴ COM(2015) 679 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/securing-eu-borders/legal-documents/docs/communication_-_progress_report_on_the_implementation_of_the_hotspots_in_italy_en.pdf (zuletzt abgefragt am 02.01.16).

¹⁵⁵ COM(2015) 676 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/securing-eu-borders/legal-documents/docs/report_western_balkans_en.pdf (zuletzt abgefragt am 02.01.16).

¹⁵⁶ Vorschlag für eine Ratsentscheidung, COM(2015) 677 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/securing-eu-borders/legal-documents/docs/proposal_establishing_provisional_measures_in_the_area_of_international_protection_for_the_benefit_of_sweden_en.pdf (zuletzt abgefragt am 02.01.16).

¹⁵⁷ C(2015) 9490, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/securing-eu-borders/legal-documents/docs/commission_recommendation_for_a_voluntary_humanitarian_admission_scheme_with_turkey_en.pdf (zuletzt abgefragt am 02.01.16).

¹⁵⁸ Vgl. zur Neuansiedlung C.III.2.

nehmen kann.¹⁵⁹ Ziel ist es, der Türkei Last abzunehmen (und einen Anreiz zur effektiven Grenzkontrolle zu setzen) sowie die Neuansiedlungsbemühungen auf Jordanien und den Libanon zu konzentrieren.

17. Gipfel des Europäischen Rates, 17./18.12.15

In der Schlussfolgerung des Europäischen Rates¹⁶⁰ vom 17./18.12.15 wird den EU-Institutionen und den Mitgliedstaaten zum Jahresende noch einmal gezeigt, auf was man sich zwar theoretisch einigen konnte, bislang aber nur schleppend praktisch verwirklicht hat.

VI. Operationen auf See

Auch auf dem Mittelmeer, das zu einer Art „Massengrab“ geworden ist¹⁶¹, werden Operationen und Aktionen durchgeführt, um künftige Tragödien zu verhindern.

1. Mare Nostrum

Mare Nostrum war ein italienisches Seenotrettungsprogramm, welches nach der Tragödie, die sich im Oktober 2013 vor Lampedusa ereignete¹⁶², ins Leben gerufen wurde. Die Mission, in dessen Rahmen Boote aufgespürt und in einen sicheren Hafen eskortiert wurden, kostete Italien ca. 9 Mio. € monatlich. Angesichts steigender Flüchtlingszahlen und dementsprechend steigender Kosten forderte Italien die EU auf, die Aufgabe dieser Mission zu übernehmen. Die europäischen Regierungen weigerten sich jedoch strikt, Mittel zur Verfügung zu stellen, um Mare Nostrum in eine europäische Seenotrettung zu überführen. Folglich stellte Italien die Mission Mare Nostrum ein. Ein Tag später, am 01.11.14, lief die Operation Triton an.

¹⁵⁹ Pressemitteilung der Kommission v. 15.12.15, abrufbar unter [http:// europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6330_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6330_de.htm) (zuletzt abgefragt am 02.01.16).

¹⁶⁰ Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, EUCO 28/15, abrufbar unter https://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXV/EU/08/86/EU_88693/imfname_10598674.pdf (zuletzt abgefragt am 05.01.16).

¹⁶¹ Ca. 3 770 Menschen starben 2015 bei dem Versuch, über das Mittelmeer Europa zu erreichen, IOM, <http://missingmigrants.iom.int/en/over-3770-migrants-have-died-trying-cross-mediterranean-europe-2015> (zuletzt abgefragt am 06.01.16).

¹⁶² Am 03.10.13 sank ein Flüchtlingsboot mit ca. 500 Menschen an Bord vor der Küste Lampedusas, mehr als 300 Menschen ertranken. *Rühle*, Katastrophe ohne Ende, SZ.de v. 30.12.13, abrufbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-nach-dem-lampedusa-bootsunglueck-katastrophe-ohne-ende-1.1852969> (zuletzt abgefragt am 05.01.16).

2. Triton

Triton ist unter dem Dach der EU-Grenzschutzagentur Frontex angesiedelt.¹⁶³ Jedoch gibt es einige Unterschiede zur italienischen Operation.¹⁶⁴ Während Mare Nostrum bis in die libyschen Gewässer Rettungsaktionen vornahm, sollte Triton einen verkleinerten Einsatzradius haben.¹⁶⁵ Nach dem tragischen Unglück am 18./19.04.15 wurde der Einsatzradius jedoch erweitert.¹⁶⁶ Triton's Aufgabenbereich ist die Grenzüberwachung und der Kampf gegen Schlepper, nicht aber primär die Suche und Rettung von in Seenot geratenen Flüchtlingen.¹⁶⁷ Demgegenüber war die Mission von Mare Nostrum eine „Search and Rescue Operation“, die bereits eine ganz andere Zielsetzung hatte.¹⁶⁸ Die Kritik an der Grenzschutzmission war und ist groß – und betrachtet man die nachträglichen Erweiterungen im April 2015, wohl auch berechtigt. Es stellt sich die Frage, ob mehr Menschenleben hätten gerettet werden können, wenn die EU die italienische Marineoperation Mare Nostrum weitergeführt hätte.

3. Poseidon

Poseidon ist ebenfalls unter Frontex angesiedelt und ist im östlichen Mittelmeer aktiv. Die Mission soll illegale Einwanderung und grenzübergreifende Kriminalität von der Westküste der Türkei und von Ägypten in Richtung Griechenland und Italien verhindern.¹⁶⁹ Auch die Mittel für Poseidon wurden im April 2015 aufgestockt.¹⁷⁰

¹⁶³ Information der Kommission zu Triton unter http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-609_en.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁶⁴ Vergleich von *PRO ASYL*, Europas Schande: „Triton“ und „Mare Nostrum“ im Vergleich, abrufbar unter http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/europas_schande_triton_und_mare_nostrum_im_vergleich/. Siehe auch *Liberti*, Brüssel liegt nicht am Meer, *Le Monde Diplomatique* v. 13.11.14, abrufbar unter <http://monde-diplomatique.de/artikel/1267711>; *Hartmann/Papanicolopulu*, Are Human Rights Hurting Migrants at Sea?, *EJIL: Talk!* v. 24.04.15, abrufbar unter <http://www.ejiltalk.org/are-human-rights-hurting-migrants-at-sea/> (alles zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁶⁵ *Lehrian*, Der 10-Punkte-Plan der EU – mangelhaft bis ungenügend, *Der Asylrechtsblog* v. 24.04.15, abrufbar unter <https://derasylrechtsblog.wordpress.com/2015/04/24/der-10-punkte-plan-der-eu-mangelhaft-bis-ungenugend/> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁶⁶ Frontex Presseerklärung v. 26.05.15, abrufbar unter <http://frontex.europa.eu/news/frontex-expands-its-joint-operation-triton-udpHP> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁶⁷ Frontex, Archive of Operations, Triton, abrufbar unter <http://frontex.europa.eu/operations/archive-of-operations/NkKUdU> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁶⁸ *Amnesty International*, Europe's sinking shame: The failure to save refugees and migrants at sea, abrufbar unter http://www.amnesty.de/files/Amnesty_Mittelmeer_Europes_Sinking_Shame_Bericht_en_2015_04_22.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15), S. 15 ff.

¹⁶⁹ Frontex, Archive of Operation, Poseidon, abrufbar unter <http://frontex.europa.eu/operations/archive-of-operations/Lq8P8c> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁷⁰ Erklärung des Europäischen Rates v. 23.04.15 (Fn. 10).

VII. EUNAVFOR MED bzw. Operation Sophia

Der Rat errichtete am 18.05.15 auf Grundlage von Art. 42 IV, 43 II EUV die Marineoperation European Union Naval Force Mediterranean, kurz EUNAVFOR MED durch den Beschluss (GASP) 2015/778.¹⁷¹ Diese soll das Geschäftsmodell der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetze im Mittelmeer zerschlagen, indem Schiffe und an Bord befindliche Gegenstände, die von Schleusern oder Menschenhändlern benutzt oder mutmaßlich benutzt werden ausgemacht, beschlagnahmt oder zerstört werden sollen.¹⁷² Am 22.06.15 wurde die Marineoperation EUNAVFOR MED i.R.d. Rates Auswärtige Angelegenheiten durch den Beschluss (GASP) 2015/972 eingeleitet.¹⁷³ Am 09.10.15 hat der UNSR die Resolution 2240 (2015) auf Grundlage von Kap. VII UNCh erlassen¹⁷⁴, die die EU zu einem stufenweisen operativen Vorgehen ermächtigt. Auf die Frage, ob die Operation mit dem Völkerrecht und insb. den Menschenrechten vereinbar ist, kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

D. Die „vergessene“ Richtlinie 2001/55/EG

Bei den vielen verschiedenen Maßnahmen, die die EU seit April 2015 bereits erlassen hat, ist es erstaunlich, dass niemals auch nur ansatzweise auf die sog. Massenzustrom-RL 2001/55/EG¹⁷⁵ rekurriert wurde. Dabei soll diese ausweislich ihres Titels sowie ihres Art. 1 Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen auf die Mitgliedstaaten schaffen. Ein Massenzustrom wird in Art. 2 lit. d der RL als Zustrom einer großen Zahl Vertriebener beschrieben, die aus einem bestimmten Land oder einem bestimmten Gebiet kommen. Das Bestehen eines solchen Massenzustroms wird gemäß Art. 5 I durch einen Beschluss des Rates festgestellt, der mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission ergeht. Die Kommission soll auch

¹⁷¹ Beschluss (GASP) 2015/778 des Rates über eine Militäroperation der Europäischen Union im südlichen zentralen Mittelmeer (EUNAVFOR MED), ABl. L 122 v. 19.5.2015, S. 31, abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32015D0778&from=DE> (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁷² Einen Überblick hierzu gibt es auch unter http://www.eeas.europa.eu/csdp/missions-and-operations/eunavfor-med/pdf/factsheet_eunavfor_med_en.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁷³ Beschluss (GASP) 2015/972 des Rates über die Einleitung der Militäroperation der Europäischen Union im südlichen zentralen Mittelmeer (EUNAVFOR MED), ABl. L 157 v. 23.6.2015, S. 51, abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32015D0972&from=DE> (zuletzt abgefragt am 30.12.15); am 28.09.15 verständigte sich das Politische- und Sicherheitspolitische Komitee darauf EUNAVFOR MED in „Operation Sophia“ umzubenennen.

¹⁷⁴ UN-Res. 2240 (2015) v. 09.10.15, abrufbar unter [http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/2240\(2015\)](http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/2240(2015)) (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

¹⁷⁵ Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten, ABl. v. 7.8.2001, L 212 S. 12.

jeden Antrag eines Mitgliedstaates auf Unterbreitung eines Vorschlags an den Rat prüfen. Das Parlament wird nach Art. 5 V über den Beschluss des Rates nur informiert.¹⁷⁶ Inhaltlich gibt die RL den Mitgliedstaaten Pflichten auf, die diese v.a. gegenüber Personen, die vorübergehenden Schutz genießen, erfüllen müssen. Dabei sollten die Mitgliedstaaten die RL bis zum 31.12.02 umsetzen.¹⁷⁷ Die Umsetzungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten wurden der Kommission entsprechend Art. 32 I der RL mitgeteilt.¹⁷⁸ Fraglich ist also, warum es bislang keinen Kommissions-Vorschlag entsprechend Art. 5 I der RL gegeben hat, einen Massenzustrom festzustellen, obwohl zweifelsohne ein solcher zumindest aus Syrien besteht. Ein Grund könnte Art. 3 III der Aufnahme-RL sein, denn diese RL findet keine Anwendung, wenn die Bestimmungen der Massenzustrom-RL zur Anwendung gelangen. Ein weiterer Aspekt könnte die mangelnde Beteiligung des Parlamentes darstellen – sowohl bei Erlass der RL selbst als auch bei der Entscheidung über das Vorliegen eines Massenzustroms. Auch könnte man annehmen, dass die RL für die vorliegenden „gemischten Migrationsströme“ aus verschiedenen Staaten nicht gedacht ist. Dennoch erscheint es äußerst merkwürdig, dass auf dieses bestehende Instrument überhaupt nicht zurückgegriffen wird.

E. Fazit

Zutreffend sagte Jean-Claude Juncker im April 2015: „If we close the door to all, people will come in through the windows.“. Die EU steht vor einer der größten Herausforderungen in ihrer Geschichte. Es ist an der Zeit, sich endlich dieser Herausforderung zu stellen. Es ist an der Zeit für ein geeintes, solidarisches europäisches Handeln. Die bisher ergriffenen Maßnahmen (Hotspots, Umsiedlungsprozesse, Rückführung, bilaterale Dialoge, Neuansiedlung, Zusammenarbeit mit der Türkei, Kampf gegen die Schleuserkriminalität, Unterstützung für die westlichen Balkanstaaten und die EU-Außenstaaten) zeigen, dass die EU versucht, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Dennoch wird sie immer wieder mit einem gegensätzlichen bzw. mangelnden Willen mancher Mitgliedstaaten konfrontiert. Sie muss eine klare Linie finden in der Frage der Grenzsicherung. Im Endeffekt kommt die EU um eine

¹⁷⁶ Dies entspricht dem früheren sog. Unterrichtsverfahren, bei dem das Parlament lediglich informiert werden muss. Die Richtlinie selbst ist auf Grundlage von Art. 63 Nr. 2 lit.a, b EGV ergangen, der das frühere sog. Konsultationsverfahren des Art. 67 EGV vorsah.

¹⁷⁷ Dies scheint geschehen zu sein, zumindest wurde das VK in einem Vertragsverletzungsverfahren 2006 für die Nichtumsetzung der RL gerügt, EuGH, Rs. C-455/04, ECLI:EU:C:2006:142, Kom. gegen VK.

¹⁷⁸ Einen Überblick findet man hier: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/NIM/?uri=CELEX:32001L0055> (zuletzt abgefragt am 30.12.15). Deutschland hat das sog. Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz) erlassen.

verbindliche Verteilungsquote im Sinne einer gerechten Lastenverteilung nicht herum. Die EU hat im Rahmen der Entscheidungsfindung durch qualifizierte Mehrheit die Möglichkeit, sich gegen den Willen einiger Mitgliedstaaten durchzusetzen. Diese Möglichkeit sollte sie auch nutzen.

Der Philosoph Peter Singer sagte: „Wenn es in unserer Macht steht, zu verhindern, dass etwas sehr schlimmes passiert ohne etwas moralisch Höherwertigeres zu opfern, dann sind wir moralisch verpflichtet, dies zu tun“¹⁷⁹. Diese moralische Pflicht stellt sich neben die EU-rechtliche Pflicht. Und an diese moralische Pflicht sollten wir nicht nur dann denken, wenn uns das Foto eines toten Jungen am Strand in den Medien präsentiert wird. Die moralische Pflicht sollte vielmehr auch dann präsent sein, wenn gerade einmal keine Kamera vor Ort ist, die einen Beweis für die täglich stattfindenden Tragödien liefert.

¹⁷⁹ Singer, *Famine, Affluence, and Morality*, *Philosophy & Public Affairs* Vol. 1, No. 3 (1972), S. 229 ff. (231), abrufbar unter http://www.jstor.org/stable/2265052?seq=1#page_scan_tab_contents (zuletzt abgefragt am 30.12.15).

Anhang

ANHANG I: Notumsiedlung von 40.000 Menschen (Beschluss 2015/1523), „Zusagen“ der einzelnen Staaten, (vgl. C.III.1.)

| | |
|----------------|---|
| Austria | 0 |
| Belgium | 1 364 |
| Bulgaria | 450 |
| Croatia | 400 |
| Cyprus | 173 |
| Czech Republic | 1 100 |
| Estonia | 130 |
| Finland | 792 |
| France | 6 752 |
| Germany | 10 500 |
| Hungary | 0 |
| Ireland | 600 („Opting in“, Prot. Nr. 21 zu EUV/AEUV) |
| Latvia | 200 |
| Lithuania | 255 |
| Luxembourg | 320 |
| Malta | 60 |
| Netherlands | 2 047 |
| Poland | 1 100 |
| Portugal | 1 309 |
| Romania | 1 705 |
| Slovakia | 100 |
| Slovenia | 230 |
| Spain | 1 300 |
| Sweden | 1 369 |
| Gesamt | 32.256 |

Quelle: Rat, Outcome of the Council Meeting, 20.07.15, Dok.-Nr. 11097/15, S. 4, abrufbar unter: https://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXV/EU/07/53/EU_75389/_imfname_10571298.pdf (zuletzt abgefragt am 05.01.16).

Die fehlenden 7.744 „Zusagen“ sollten eigentlich bis Ende 2015 erbracht werden. Bislang fehlen diese allerdings immer noch, FAZ v. 07.11.16, EU-Staaten streiten um 3 Milliarden Euro für die Türkei, S. 15.

ANHANG II: Neuansiedlung von insg. 22.504 Menschen (Schlussfolgerungen der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen v. 22.07.15, Dok.- Nr.11130/15), „Zusagen“ der einzelnen Staaten (vgl. C.III.2.):

| | |
|------------------------|------|
| Österreich | 1900 |
| Belgien | 1100 |
| Bulgarien | 50 |
| Kroatien | 150 |
| Zypern | 69 |
| Tschechische Republik | 400 |
| Dänemark | 1000 |
| Estland | 20 |
| Finnland | 293 |
| Frankreich | 2375 |
| Deutschland | 1600 |
| Griechenland | 354 |
| Ungarn | 0 |
| Irland | 520 |
| Italien | 1989 |
| Lettland | 50 |
| Litauen | 70 |
| Luxemburg | 30 |
| Malta | 14 |
| Niederlande | 1000 |
| Polen | 900 |
| Portugal | 191 |
| Rumänien | 80 |
| Slowakei | 100 |
| Slowenien | 20 |
| Spanien | 1449 |
| Schweden | 491 |
| Vereinigtes Königreich | 2200 |
| Norwegen | 3500 |
| Island | 50 |
| Liechtenstein | 20 |
| Schweiz | 519 |

Quelle: Rat, Outcome of the Council Meeting, 20.07.15, Dok.-Nr. 11097/15, S. 7, abrufbar unter: https://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXV/EU/07/53/EU_75389/_imfname_10571298.pdf (zuletzt abgefragt am 05.01.16).

ANHÄNGE III: Vorschlag der Kommission vom 09.09.15 zur quotenmäßigen Verteilung von 120.000 Flüchtlingen aus Italien, Griechenland und Ungarn (COM(2015) 451 final) (vgl. C.IV.1.):

Quelle: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/proposal_for_council_decision_establishing_provisional_measures_in_the_area_of_international_protection_for_it_gr_and_hu_-_annexe_de.pdf
(zuletzt abgefragt am 05.01.16).

ANHANG IIIa – Verteilungsschlüssel für Italien

| | Anteil in % | Zahl der umzusiedelnden Personen je Mitgliedstaat (von insgesamt 15 600 umzusiedelnden Antragstellern) |
|-----------------------|-------------|--|
| Belgien | 3,80 % | 593 |
| Bulgarien | 1,33 % | 208 |
| Deutschland | 26,20 % | 4088 |
| Estland | 0,31 % | 48 |
| Finnland | 2,00 % | 312 |
| Frankreich | 20,03 % | 3124 |
| Kroatien | 0,89 % | 138 |
| Lettland | 0,44 % | 68 |
| Litauen | 0,65 % | 101 |
| Luxemburg | 0,37 % | 57 |
| Malta | 0,11 % | 17 |
| Niederlande | 6,01 % | 938 |
| Österreich | 3,03 % | 473 |
| Polen | 7,74 % | 1207 |
| Portugal | 2,56 % | 400 |
| Rumänien | 3,87 % | 604 |
| Schweden | 3,72 % | 581 |
| Slowakei | 1,25 % | 195 |
| Slowenien | 0,53 % | 82 |
| Spanien | 12,44 % | 1941 |
| Tschechische Republik | 2,48 % | 387 |
| Zypern | 0,23 % | 36 |

ANHANG IIIb – Verteilungsschlüssel für Griechenland

| | Anteil in % | Zahl der umzusiedelnden Personen je Mitgliedstaat (von insgesamt 50 400 umzusiedelnden Antragstellern) |
|-----------------------|-------------|--|
| Belgien | 3,80 % | 1917 |
| Bulgarien | 1,33 % | 672 |
| Deutschland | 26,20 % | 13 206 |
| Estland | 0,31 % | 157 |
| Finnland | 2,00 % | 1007 |
| Frankreich | 20,03 % | 10 093 |
| Kroatien | 0,89 % | 447 |
| Lettland | 0,44 % | 221 |
| Litauen | 0,65 % | 328 |
| Luxemburg | 0,37 % | 185 |
| Malta | 0,11 % | 56 |
| Niederlande | 6,01 % | 3030 |
| Österreich | 3,03 % | 1529 |
| Polen | 7,74 % | 3901 |
| Portugal | 2,56 % | 1291 |
| Rumänien | 3,87 % | 1951 |
| Schweden | 3,72 % | 1877 |
| Slowakei | 1,25 % | 631 |
| Slowenien | 0,53 % | 265 |
| Spanien | 12,44 % | 6271 |
| Tschechische Republik | 2,48 % | 1251 |
| Zypern | 0,23 % | 115 |

ANHANG IIIc – Verteilungsschlüssel für Ungarn

| | Anteil in % | Zahl der umzusiedelnden Personen je Mitgliedstaat (von insgesamt 54 000 umzusiedelnden Antragstellern) |
|-------------|-------------|--|
| Belgien | 3,80 % | 2054 |
| Bulgarien | 1,33 % | 720 |
| Deutschland | 26,20 % | 14 149 |
| Estland | 0,31 % | 168 |
| Finnland | 2,00 % | 1079 |
| Frankreich | 20,03 % | 10 814 |
| Kroatien | 0,89 % | 479 |
| Lettland | 0,44 % | 237 |
| Litauen | 0,65 % | 351 |
| Luxemburg | 0,37 % | 198 |
| Malta | 0,11 % | 60 |
| Niederlande | 6,01 % | 3246 |
| Österreich | 3,03 % | 1638 |
| Polen | 7,74 % | 4179 |
| Portugal | 2,56 % | 1383 |
| Rumänien | 3,87 % | 2091 |
| Schweden | 3,72 % | 2011 |

| | | |
|-----------------------|---------|------|
| Slowakei | 1,25 % | 676 |
| Slowenien | 0,53 % | 284 |
| Spanien | 12,44 % | 6719 |
| Tschechische Republik | 2,48 % | 1340 |
| Zypern | 0,23 % | 123 |

ANHANG IIId – Verteilung insgesamt

| | Italien | Griechenland | Ungarn | INSGESAMT |
|-----------------------|--------------|--------------|--------------|---------------|
| Österreich | 473 | 1529 | 1638 | 3640 |
| Belgien | 593 | 1917 | 2054 | 4564 |
| Bulgarien | 208 | 672 | 720 | 1600 |
| Kroatien | 138 | 447 | 479 | 1064 |
| Zypern | 36 | 115 | 123 | 274 |
| Tschechische Republik | 387 | 1251 | 1340 | 2978 |
| Estland | 48 | 157 | 168 | 373 |
| Finnland | 312 | 1007 | 1079 | 2398 |
| Frankreich | 3124 | 10093 | 10814 | 24031 |
| Deutschland | 4088 | 13206 | 14149 | 31443 |
| Lettland | 68 | 221 | 237 | 526 |
| Litauen | 101 | 328 | 351 | 780 |
| Luxemburg | 57 | 185 | 198 | 440 |
| Malta | 17 | 56 | 60 | 133 |
| Niederlande | 938 | 3030 | 3246 | 7214 |
| Polen | 1207 | 3901 | 4179 | 9287 |
| Portugal | 400 | 1291 | 1383 | 3074 |
| Rumänien | 604 | 1951 | 2091 | 4646 |
| Slowakei | 195 | 631 | 676 | 1502 |
| Slowenien | 82 | 265 | 284 | 631 |
| Spanien | 1941 | 6271 | 6719 | 14931 |
| Schweden | 581 | 1877 | 2011 | 4469 |
| INSGESAMT | 15600 | 50400 | 54000 | 120000 |

ANHÄNGE IV: Verteilung der 120.000 Personen nach dem Ratsbeschluss 2015/1601 (vgl. C.IV.1.b))

Quelle: Ratebeschluss 2015/1601, S. 93 ff., abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32015D1601&from=DE> (zuletzt abgefragt am 05.01.16).

ANHANG IVa: Zuweisungen aus Italien nach Art. 4 Abs.1 lit. a des Ratsbeschlusses

| Zahl der umzusiedelnden Personen je Mitgliedstaat (von insg. 15 600 umzusiedelnden Antragstellern) | |
|---|-------|
| Österreich | 462 |
| Belgien | 579 |
| Bulgarien | 201 |
| Kroatien | 134 |
| Zypern | 35 |
| Tschechische Republik | 376 |
| Estland | 47 |
| Finnland | 304 |
| Frankreich | 3 064 |
| Deutschland | 4 027 |
| Ungarn | 306 |
| Lettland | 66 |
| Litauen | 98 |
| Luxemburg | 56 |
| Malta | 17 |
| Niederlande | 922 |
| Polen | 1 201 |
| Portugal | 388 |
| Rumänien | 585 |
| Slowakei | 190 |
| Slowenien | 80 |
| Spanien | 1 896 |
| Schweden | 567 |

ANHANG IVb: Zuweisungen aus Griechenland nach Art. 4 Abs.1 lit. b des Ratsbeschlusses

| | Zahl der umzusiedelnden Personen je Mitgliedstaat (von insg. 50 400 umzusiedelnden Antragstellern) |
|-----------------------|---|
| Österreich | 1 491 |
| Belgien | 1 869 |
| Bulgarien | 651 |
| Kroatien | 434 |
| Zypern | 112 |
| Tschechische Republik | 1 215 |
| Estland | 152 |
| Finnland | 982 |
| Frankreich | 9 898 |
| Deutschland | 13 009 |
| Ungarn | 988 |
| Lettland | 215 |
| Litauen | 318 |
| Luxemburg | 181 |
| Malta | 54 |
| Niederlande | 2 978 |
| Polen | 3 881 |
| Portugal | 1 254 |
| Rumänien | 1 890 |
| Slowakei | 612 |
| Slowenien | 257 |
| Spanien | 6 127 |
| Schweden | 1 830 |

ANHANG V: Vorschlag der Kommission vom 09.09.15 für einen Verteilungsschlüssel für den dauerhaften Umsiedlungsmechanismus (COM(2015) 450 final), vgl. C.IV.2.:

$$\begin{aligned}
 \text{Population effect}_{MS/AS} &= \frac{\text{Population}_{MS/AS}}{\text{Population}_{EU+(32)}} \\
 \text{GDP effect}_{MS/AS} &= \frac{\text{GDP}_{MS/AS}}{\text{GDP}_{EU+(32)}} \\
 \text{Asylum effect}_{MS/AS} &= \min \left\{ \frac{\frac{1}{\sum_{i=1}^{32} \text{Average (5 preceding years) applicants per Million inhabitants}_{MS/ASi}}}{\frac{1}{\sum_{i=1}^{32} \text{Average (5 preceding years) applicants per Million inhabitants}_{MS/ASI}}}, 30\% (\text{Population effect}_{MS/AS} + \text{GDP effect}_{MS/AS}) \right\} \\
 \text{Unemployment effect}_{MS/AS} &= \min \left\{ \frac{\frac{1}{\sum_{i=1}^{32} \text{Unemployment rate}_{MS/ASi}}}{\frac{1}{\sum_{i=1}^{32} \text{Unemployment rate}_{MS/ASI}}}, 30\% (\text{Population effect}_{MS/AS} + \text{GDP effect}_{MS/AS}) \right\} \\
 \text{Capped Quota}_{MS/AS} &= \text{Allocation} * (40\% \text{ Population effect}_{MS/AS} + 40\% \text{ GDP effect}_{MS/AS} + 10\% \text{ Asylum effect}_{MS/AS} + 10\% \text{ Unemployment effect}_{MS/AS}) \\
 \text{Residual Quota}_{MS/AS} &= (\text{Allocation} - \sum_{i=1}^{32} \text{Capped Quota}_{MS/ASI}) * (50\% \text{ Population effect}_{MS/AS} + 50\% \text{ GDP effect}_{MS/AS}) \\
 \text{Final Allocation Quota}_{MS/AS} &= \text{Capped Quota}_{MS/AS} + \text{Residual Quota}_{MS/AS} \\
 \text{Final share}_{MS/AS} \text{ (de facto key)} &= \frac{\text{Final Allocation Quota}_{MS/AS}}{\text{Allocation}} * 100\%
 \end{aligned}$$

Quelle: Annex I des Kommissionsvorschlags COM(2015) 450 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/proposal_for_regulation_of_ep_and_council_establishing_a_crisis_relocation_mechanism_-_annex_en.pdf (zuletzt abgefragt am 05.01.16).

ANHANG VI: Laufende Vertragsverletzungsverfahren, Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (vgl. C.IV.6.), Stand: 29.09.15:

| | Asylum Procedures Directive 2013/32/EU | Reception Conditions Directive 2013/33/EU | Qualifications Directive 2011/95/EU | EURODAC Regulation EU/603/2013 | Return Directive 2008/115/EC |
|----------------|---|---|--|---|---|
| | Stage of Process | Stage of Process | Stage of Process | Stage of Process | Stage of Process |
| Austria | | LFN sent for non-communication of transposition | | | |
| Belgium | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | | | |
| Bulgaria | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | RO sent for non-communication of transposition | | |
| Cyprus | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | | Administrative letter sent requesting clarifications on application | |
| Croatia | | | | | |
| Czech Republic | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | | | |
| Denmark | N/A | N/A | N/A | | |
| Estonia | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | | | |
| Finland | | | | | |
| France | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | | | |
| Germany | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | | Administrative letter sent requesting clarifications on application | Administrative letter sent requesting clarifications on application |
| Greece | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | | Administrative letter sent requesting clarifications on application | Administrative letter sent requesting clarifications on application |
| | Second additional LFN sent for bad application | | | | |
| Hungary | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | | Administrative letter sent requesting clarifications on application | |
| Ireland | N/A | N/A | N/A | | N/A |
| Italy | | | | Administrative letter sent requesting clarifications on application | Administrative letter sent requesting clarifications on application |
| Latvia | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | | | |
| Lithuania | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | | | |
| Luxembourg | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | | | |
| Malta | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | | | |
| Netherlands | | | | | |
| Poland | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | | | |
| Portugal | | | | | |
| Romania | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | | | |
| Slovakia | | | | | |
| Slovenia | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | | | |
| Spain | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | RO sent for non-communication of transposition | | |
| Sweden | LFN sent for non-communication of transposition | LFN sent for non-communication of transposition | | | |
| United Kingdom | N/A | N/A | N/A | | N/A |

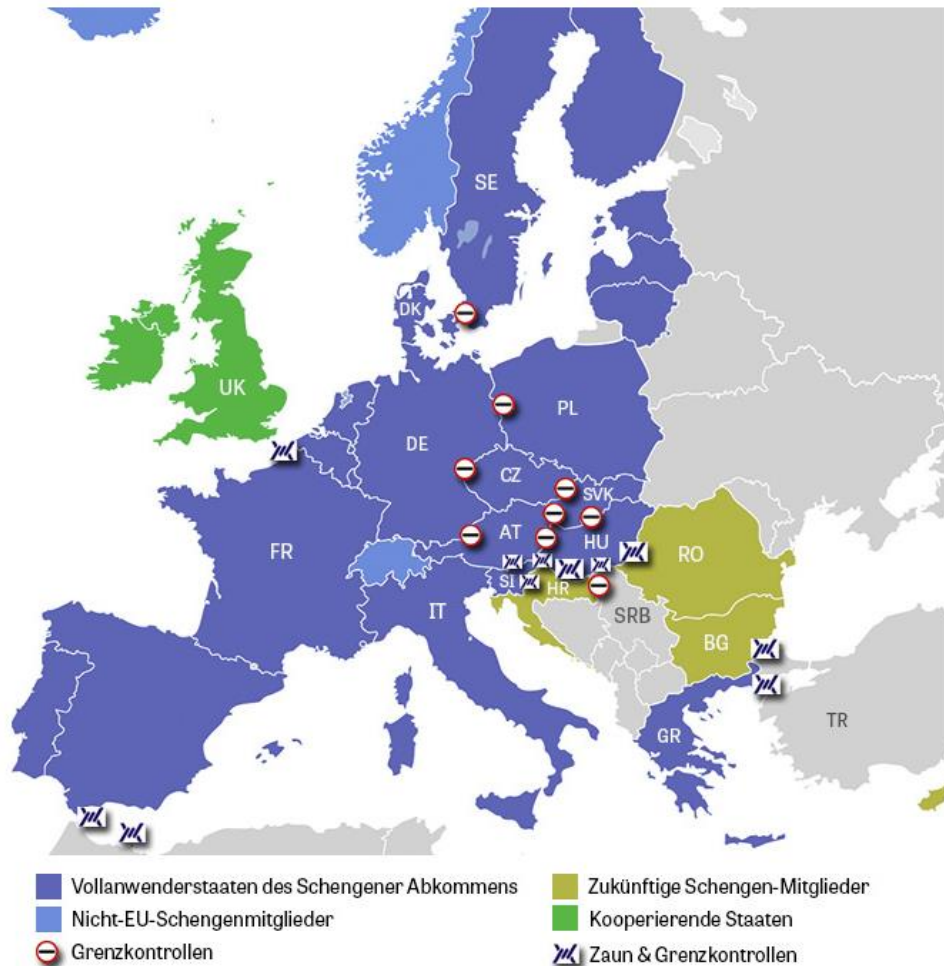
40 new decisions

LFN = Letter of Formal Notice
RO = Reasoned Opinion

Quelle: Annex 7 zum Communication COM(2015) 490 final/2, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication_on_managing_the_refugee_crisis_annex_7_en.pdf (zuletzt abgefragt am 05.01.16).

Übersicht: Grenzkontrollen im Schengen-Raum

In der Flüchtlingskrise setzen zahlreiche europäische Staaten auf Kontrollen und Zäune.



Quelle: Eigene Recherchen

© ZEIT ONLINE

Quelle: Abdi-Herrle/Venohr, Wo Europa dichtmacht, Zeit online v. 13.11.15, abrufbar unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-11/schengener-abkommen-grenzkontrollen-europa-fluechtlinge> (zuletzt abgefragt am 05.01.16).

Literaturverzeichnis

- Abdi-Herrle, Sasan/
Venohr, Sascha* Wo Europa dichtmacht, Zeit online v. 13.11.15, abrufbar unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-11/schengener-abkommen-grenzkontrollen-europa-fluechtlinge> (zuletzt abgefragt am 05.01.16)
- Amnesty International,* Europe's sinking shame: The failure to save refugees and migrants at sea, abrufbar unter http://www.amnesty.de/files/Amnesty_Mittelmeer_Europes_Sinking_Shame_Bericht_en_2015_04_22.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Angenendt, Steffen/
Kietz, Daniela* EU-Krisengipfel: Die kraftlose Reaktion der EU auf die Mittelmeertragödie, <http://www.swp-berlin.org/publikationen/kurz-gesagt/eu-krisengipfel-die-kraftlose-reaktion-der-eu-auf-die-mittelmeertragoedie.html> (zuletzt abgefragt am 21.09.15)
- Avramopoulos, Dimitris* Rede v. 09.10.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-15-5816_en.htm (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
- Bagchi, Kanad* "The winter is approaching" – Juncker and his state of the union address – has it said enough regarding the refugee crisis?, European Law Blog, 15.09.15, abrufbar unter <http://europeanlawblog.eu/?p=2863> (zuletzt abgefragt am 28.09.15)
- Bagchi, Kanad* Has the Council of the EU's Decision on Relocation of Refugees Given Adequate Effect tot he Commission's Proposals?, Oxford Human Rights Hub v. 02.10.15, abrufbar unter <http://ohrh.law.ox.ac.uk/has-the-council-of-the-eus-decision-on-relocation-of-refugees-adequately-given-effect-to-the-commissions-proposals/> (zuletzt abgefragt am 02.10.15)
- Becker, Markus* Verteilung: EU-Minister verpassen Einigung in Flüchtlingsfrage, Spiegel Online v. 20.07.15, abrufbar unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-eu-innenminister-uneinig-ueber-verteilung-a-1044542.html> (zuletzt abgefragt am 22.09.15)
- Borchard, Ralf* Flüchtlingspolitik in der EU: Auch Ungarn klagt gegen Quoten, Tagesschau.de v. 03.12.15, abrufbar unter <https://www.tagesschau.de/ausland/ungarn-klage-101.html> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)

*Europäische
Kommission*
(chronologisch)

- Pressemitteilung vom 20.04.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4813_de.htm (zuletzt abgefragt am 21.10.15)
- Europäische Migrationsagenda v. 13.05.15, COM (2015) 240 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/background-information/docs/communication_on_the_european_agenda_on_migration_de.pdf (zuletzt abgefragt am 21.09.15)
- Pressemitteilung vom 27.05.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5039_de.htm.
- Proposal for a Council Decision establishing provisional measures in the area of international protection for the benefit of Italy and Greece, COM(2015) 286 final, abrufbar unter <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2015/EN/1-2015-286-EN-F1-1.PDF> (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
- Empfehlung der Kommission vom 8.6.2015 für eine europäische Neuansiedlungsregelung, C(2015) 3560 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/documents/policies/asylum/general/docs/recommendation_on_a_european_resettlement_scheme_de.pdf (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
- EU-Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten (2015-2020), COM(2015) 285 final, abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015DC0285&from=EN> (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
- Commission Staff Working Document on Implementation of the Eurodac Regulation as regards the obligation to take fingerprints, SWD(2015) 150 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/documents/policies/asylum/general/docs/guidelines_on_the_implementation_of_eu_rules_on_the_obligation_to_take_fingerprints_en.pdf (zuletzt abgefragt am 27.12.15)
- Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Einführung von vorläufigen Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes, COM(2015) 451 final, abrufbar unter <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2015/DE/1-2015-451-DE-F1-1.PDF> (zuletzt abgefragt am 27.12.15)
- Pressemitteilung der Kommission v. 08.10.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5799_en.htm (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
- Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung eines Umsiedlungsmechanismus für Krisensituationen und zur Änderung der Verordnung Nr. 604/2013, COM(2015) 450

- final, abrufbar unter <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2015/DE/1-2015-450-DE-F1-1.PDF> (zuletzt abgefragt am 27.12.15)
- Vorschlag für eine Verordnung zur Erstellung einer gemeinsamen EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten für die Zwecke der Richtlinie 2013/32/EU und zur Änderung der Richtlinie 2013/32/EU, COM(2015) 452 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/proposal_for_regulation_of_the_ep_and_council_establishing_an_eu_common_list_of_safe_countries_of_origin_de.pdf (zuletzt abgefragt am 27.12.15) und Anhang hierzu http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/proposal_for_regulation_of_the_ep_and_council_establishing_an_eu_common_list_of_safe_countries_of_origin_-_annex_en.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - EU-Aktionsplan für die Rückkehr, COM(2015) 453 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication_from_the_ec_to_ep_and_council_-_eu_action_plan_on_return_de.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Return Handbook, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/return_handbook_en.pdf (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
 - Public Procurement rules in connection with the current asylum crisis, COM(2015) 454 final, abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015DC0454&from=DE> (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
 - Addressing the Refugee Crisis in Europe: The Role of EU External Action, JOIN(2015) 40 final, abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015JC0040&from=en> (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
 - Draft Commission Decision of 9.9.2015 on the establishment of a European Union Emergency Trust Fund for stability and addressing root causes of irregular migration and displaced persons in Africa, C(2015) 6251 draft, abrufbar unter <http://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/draft->

- [commission-decision-on-trust-fund-6251_en_0.pdf](#) (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
- Pressemitteilung der Kommission v. 23.09.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5699_de.htm (zuletzt abgefragt am 10.12.15)
 - Pressemitteilung der Kommission v. 10.12.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6276_de.htm (zuletzt abgefragt am 10.12.15)
 - Operative, haushaltspolitische und rechtliche Sofortmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda, COM(2015) 490 final, abrufbar unter https://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXV/EU/07/81/EU_78131/imfname_10577003.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Annexe der Mitteilung der Kommission v. 23.09.15:
 ANNEX I: Vorrangige Maßnahmen, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication_on_managing_the_refugee_crisis_annex_1_de.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15).
 ANNEX II: Teams zur Unterstützung der Migrationssteuerung an Hotspots, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication_on_managing_the_refugee_crisis_annex_2_de.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 ANNEX III: The Rapid Border Intervention Teams mechanism (RABIT), abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication_on_managing_the_refugee_crisis_annex_3_de.pdf (zuletzt abgefragt am 11.12.15).
 ANNEX IV: Finanzielle Unterstützung der Mitgliedstaaten im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und des Fonds für die innere Sicherheit, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication_on_managing_the_refugee_crisis_annex_4_de.pdf (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
 ANNEX V: Beiträge der Mitgliedstaaten und der Kommission zum Welternährungsprogramm, abrufbar unter <http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication>

[on managing the refugee crisis annex 5 de.pdf](#)

(zuletzt abgefragt am 11.12.15)

ANNEX VI: Der Regionale Treuhandfonds der EU („Mada-Treuhandfonds“) als Reaktion auf die Syrien-Krise,

abrufbar unter <http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication>

[on managing the refugee crisis annex 6 de.pdf](#)

(zuletzt abgefragt am 11.12.15)

- Bewältigung der Flüchtlingskrise: Lagebericht zur Umsetzung der Prioritäten im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda, COM(2015) 510 final, abrufbar unter <http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication>
- [on eam state of play 20151014 de.pdf](#) (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Pressemitteilung der Kommission v. 14.10.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5839_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- EU-Turkey Joint Action Plan vom 15.10.15, agreed ad referenda, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-5860_en.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Draft Action Plan: Stepping up EU-Turkey cooperation, 06.10.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-5777_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Pressemitteilung der Kommission vom 24.11.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6162_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Turkey 2015 Report, Kommission v. 10.11.15, SWD(2015) 216 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2015/20151110_report_turkey.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Stellungnahme der Kommission zur Einführung von Grenzkontrollen, C(2015) 7100 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/documents/policies/borders-and-visas/general/docs/commission_opinion_necessity_proportionality_controls_internal_borders_germany_austria_en.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Pressemitteilung der Kommission v. 25.10.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5904_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Leader's Statement abrufbar unter

- http://ec.europa.eu/news/2015/docs/leader_statement_fin_al.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Pressemitteilung der Kommission v. 27.10.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5924_en.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Pressemitteilung der Kommission v. 29.10.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5952_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Pressemitteilungen der Kommission vom 06.11.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6018_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Pressemitteilung der Kommission vom 06.11.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6025_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Kommission, Fact Sheet, The European Union's cooperation with Africa on migration, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-4832_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Pressemitteilung der Kommission vom 12.11.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6055_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Pressemitteilung der Kommission vom 11.11.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6050_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Pressemitteilung der Kommission v. 08.12.15, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6212_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Pressemitteilung der Kommission v. 03.12.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6249_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Pressemitteilung der Kommission v. 17.11.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6114_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Pressemitteilung der Kommission v. 23.12.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6134_de.htm (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Übersicht über die finanziellen Zusagen der Mitgliedstaaten, http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/press-material/docs/state_of_play_-_member_state_pledges_en.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Übersicht zur Unterstützung der Mitgliedstaaten für die Notfall-Umsiedlung, http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/press-material/docs/state_of_play_-_relocation_en.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Übersicht zum aktuellen Stand der Hotspot-Kapazitäten,

- http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/press-material/docs/state_of_play_-_hotspots_en.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Übersicht zu Rückführungen seit September: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/press-material/docs/state_of_play_-_returns_en.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Übersicht zu Civil Protection Mechanism, http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/press-material/docs/state_of_play_-_ucpm_support_en.pdf (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Information der Kommission zu Triton unter [http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-14-609_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-609_en.htm) (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
 - Pressemitteilung der Kommission v. 14.12.15, abrufbar unter [http://europa.eu/rapid/press-release IP-15-6316_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6316_de.htm) (zuletzt abgefragt am 02.01.15)
 - Pressemitteilung der Kommission v. 15.12.15, abrufbar unter [http://europa.eu/rapid/press-release IP-15-6327_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6327_de.htm) (zuletzt abgefragt am 02.01.16)
 - Factsheet der Kommission zum Europäischen Grenz- und Küstenschutz, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/securing-eu-borders/factsheets/docs/a_european_border_and_coast_guard_en.pdf (zuletzt abgefragt am 02.01.16)
 - Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on the European Border and Coast Guard and repealing Regulation (EC) No 2007/2004, Regulation (EC) No 863/2007 and Council Decision 2005/267/EC, COM(2015) 671 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/securing-eu-borders/legal-documents/docs/regulation_on_the_european_border_and_coast_guard_en.pdf (zuletzt abgefragt am 02.01.16)
 - Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation No 562/2006 (EC) as regards the reinforcement of checks against relevant databases at external borders, COM(2015) 670 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/securing-eu-borders/legal-documents/docs/proposal_on_the_schengen_borders_code_en.pdf (zuletzt abgefragt am 02.01.16)
 - Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on a European travel document for the

- return of illegally staying third-country nationals, COM(2015) 668 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/securing-eu-borders/legal-documents/docs/european_travel_document_for_the_return_of_illegally_staying_third-country_nationals_en.pdf (zuletzt abgefragt am 02.01.16)
- Fortschrittsbericht Griechenland, COM(2015) 678 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/securing-eu-borders/legal-documents/docs/communication_-_progress_report_on_the_implementation_of_the_hotspots_in_greece_en.pdf (zuletzt abgefragt am 02.01.16)
 - Fortschrittsbericht Italien, COM(2015) 679 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/securing-eu-borders/legal-documents/docs/communication_-_progress_report_on_the_implementation_of_the_hotspots_in_italy_en.pdf (zuletzt abgefragt am 02.01.16)
 - Fortschrittsbericht Westbalkan, COM(2015) 676 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/securing-eu-borders/legal-documents/docs/report_western_balkans_en.pdf (zuletzt abgefragt am 02.01.16)
 - Proposal for a Council Decision establishing provisional measures in the area of international protection for the benefit of Sweden in accordance with Article 9 of Council Decision (EU) 2015/1523 and Article 9 of Council Decision (EU) 2015/1601 establishing provisional measures in the area of international protection for the benefit of Italy and Greece, COM(2015) 677 final, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/securing-eu-borders/legal-documents/docs/proposal_establishing_provisional_measures_in_the_area_of_international_protection_for_the_benefit_of_sweden_en.pdf (zuletzt abgefragt am 02.01.16)
 - Commission Recommendation of 15.12.2015 for a voluntary humanitarian admission scheme with Turkey, C(2015) 9490, abrufbar unter http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/securing-eu-borders/legal-documents/docs/commission_recommendation_for_a_voluntary_humanitarian_admission_scheme_with_turkey_en.pdf (zuletzt abgefragt am 02.01.16)
 - Pressemitteilung der Kommission v. 15.12.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6330_de.htm (zuletzt abgefragt am 02.01.16)

Europäischer Rat
(chronologisch)

- Erklärung des Europäischen Rates vom 23.04.15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/04/23-special-euco-statement/> (zuletzt abgefragt am 21.09.15)
- Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 25./26.06.15, EUCO 22/15, S. 2 ff., abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2015/06/euco-conclusions-pdf/> (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
- Pressemitteilung des Europäischen Rates v. 24.09.15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/09/23-statement-informal-meeting/> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Schlussfolgerung des Europäischen Rates v. 15.10.15, EUCO 26/15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/10/16-euco-conclusions/> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Pressemitteilung des Europäischen Rates v. 29.11.15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/11/29-eu-turkey-meeting-statement/> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (17. und 18.12.15), EUCO 28/15, abrufbar unter https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0ahUKEWjz6LCkxYvKAhXGLq8KHdOYACkQFgqeMAA&url=http%3A%2F%2Fwww.consilium.europa.eu%2Fen%2Fmeetings%2FEuropean-council%2F2015%2F12%2F201512-euco-conclusions_pdf%2F&usq=AFQjCNH1x3_qkMD5c-K5CJB53DDvBulGKg&bvm=bv.110151844,d.ZWU (zuletzt abgefragt am 02.01.16)

Europäisches Parlament
(chronologisch)

- Entschließung 2015/2660(RSP) vom 29.04.15, abrufbar unter <http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/summary.do?id=1387923&t=d&l=en> (zuletzt abgefragt am 21.09.15)
- Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 09.09.15 zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Einführung von vorläufigen Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes zugunsten von Italien und Griechenland <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2bP8-TA-2015-0306%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE&language>

[e=DE](#) (zuletzt abgefragt am 11.12.15)

- Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. September 2015, P8_TA-PROV(2015)0324, abrufbar unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2015-0324+0+DOC+XML+V0//EN> (zuletzt abgefragt am 27.12.15)
- Pressemitteilung des Parlaments v. 17.09.15, abrufbar unter <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20150915IPR93259/Abgeordneten-stimmen-Umsiedlung-weiterer-120.000-Asylsuchender-zu> (zuletzt abgefragt am 27.12.15)
- Pressemitteilung des Parlaments v. 01.12.15, abrufbar unter <http://www.europarl.europa.eu/news/it/news-room/20151130IPR05304/Permanent-relocation-scheme-and-list-of-safe-countries-of-origin-state-of-play> (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
- Information des Parlaments zur Europäischen Nachbarschaftspolitik, abrufbar unter http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_6.5.4.pdf (zuletzt abgefragt am 11.01.16)

Eurostat

The EU in the World, 2015 edition, abrufbar unter <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/6975194/KS-EX-15-001-EN-N.pdf/d05075db-b5cf-4751-b62b-f49cc89f3fa2> (zuletzt abgefragt am 11.12.15)

FAZ

EU-Staaten streiten um 3 Milliarden Euro für die Türkei – Auch bei der Umverteilung von Flüchtlingen ist keine Lösung in Sicht, FAZ v. 07.01.16, S. 15

Fink, Melanie

Protecting Europe or Irregular Migrants? The (Mis)use of Force in the Mediterranean, EJIL: Talk! v. 15.05.15, abrufbar unter <http://www.ejiltalk.org/protecting-europe-or-irregular-migrants-the-misuse-of-force-in-the-mediterranean/> (abgefragt am 15.10.15)

Frontex

- Frontex Presseerklärung v. 26.05.15, abrufbar unter <http://frontex.europa.eu/news/frontex-expands-its-joint-operation-triton-udpHP> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Frontex, Archive of Operations, Triton, abrufbar unter <http://frontex.europa.eu/operations/archive-of-operations/NkKUdU> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Frontex, Archive of Operation, Poseidon, abrufbar unter <http://frontex.europa.eu/operations/archive-of-operations/Lq8P8c> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)

*Gebauer, Matthias/
Gude, Hubert*

Terror in Paris: Weiterer Attentäter reiste über Griechenland in die EU, Spiegel online v. 23.11.15, abrufbar unter

- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/paris-anschlaege-weiterer-attentaeter-reiste-ueber-griechenland-in-die-eu-a-1064187.html>
(zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Georgi, Oliver* „Wir müssen an einer Festung Europa bauen“, FAZ v. 28.10.15, abrufbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/johanna-mikl-leitner-zu-oesterreichs-plaene-in-fluechtlingskrise-13880650.html>
(zuletzt abgefragt am 06.01.16)
- Güsten, Susanne* Streit mit EU über Rücknahme: Türkei bremst bei Flüchtlingen, Weser Kurier v. 11.12.15, abrufbar unter http://www.weser-kurier.de/startseite_artikel,-Tuerkei-bremst-bei-Fluechtlingen-_arid,1271160.html (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Hartmann, Jacques/
Papanicolopulu, Irini* Are Human Rights Hurting Migrants at Sea?, EJIL: Talk! v. 24.04.15, abrufbar unter <http://www.ejiltalk.org/are-human-rights-hurting-migrants-at-sea/> (zuletzt abgefragt am 15.10.15)
- Hathaway, James C.* Moving Beyond the Asylum Muddle, verfassungsblog.de v. 14.09.15, abrufbar unter <http://www.verfassungsblog.de/moving-beyond-the-asylum-muddle/> (zuletzt abgefragt am 16.10.15)
- Heinhold, Huber* Recht für Flüchtlinge - Ein Leitfaden durch das Asyl- und Ausländerrecht für die Praxis, 7. Auflage, Karlsruhe 2015
- Heinlein, Stefan* Juristisch gegen Quoten: Klage aus der Slowakei, Tagesschau.de v. 02.12.15, abrufbar unter <http://www.tagesschau.de/ausland/slowakei-119.html> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Human Rights Watch* Turkey: Syrians Pushed Back at the Border - Closures Force Dangerous Crossings with Smugglers, 23.11.15, abrufbar unter <https://www.hrw.org/news/2015/11/23/turkey-syrians-pushed-back-border> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Juncker, Jean-Claude* Lage der Union 2015: Zeit für Ehrlichkeit, Einigkeit und Solidarität, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-15-5614_de.htm (zuletzt abgefragt am 28.09.15)
- Juncker, Jean-Claude* State of the Union Speech v. 09.09.15, abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-15-5614_en.htm (zuletzt abgefragt am 28.09.15)
- Krause, Rolf-Dieter* EU-Gipfel beschließt freiwillige Schritte: Flüchtlingsquote nach Streit gekippt, Tagesschau.de v. 26.06.15, abrufbar unter www.tagesschau.de/ausland/eu-gipfel-verteilungsquoten-105.html (zuletzt abgefragt am 22.09.15)

- Küstner, Kai* Juncker gegen die Quoten-Gegner, Tagesschau.de v. 09.09.15, abrufbar unter <http://www.tagesschau.de/ausland/eu-fluechtlinge-125.html> (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
- Küstner, Kai* Optimales Timing für Rüge des Riesen, Tagesschau.de v. 23.09.15, abrufbar unter <http://www.tagesschau.de/kommentar/kommentar-asylrecht-101.html> (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
- Küstner, Kai* Einigung der EU-Innenminister zur Flüchtlingsquote: Auf die harte Tour, Tagesschau.de v. 22.09.15, abrufbar unter <https://www.tagesschau.de/ausland/eu-innenminister-111.html> (zuletzt abgefragt am 27.12.15)
- Lehmann, Julian* The Use of Force Against People Smugglers: Conflicts with Refugee Law and Human Rights Law, EJIL: Talk! v. 22.06.15, abrufbar unter <http://www.ejiltalk.org/the-use-of-force-against-people-smugglers-conflicts-with-refugee-law-and-human-rights-law/> (zuletzt abgefragt am 14.10.15)
- Lehrian, Melina* Der 10-Punkte-Plan der EU – mangelhaft bis ungenügend, Der Asylrechtsblog v. 24.04.15, abrufbar unter <https://derasylrechtsblog.wordpress.com/2015/04/24/der-10-punkte-plan-der-eu-mangelhaft-bis-ungenuegend/> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Liberti, Stefano* Brüssel liegt nicht am Meer: Die EU hat Italien bei der Rettung der Bootsflüchtlinge im Stich gelassen, Le Monde Diplomatique v. 13.11.14, abrufbar unter <http://monde-diplomatique.de/artikel/!267711> (zuletzt abgefragt am 06.10.15)
- Mananashvili, Sergo* The Legal and Political Feasibility of the EU's Planned 'War on Smuggling' in Libya, EJIL:Talk! v. 10.06.15, abrufbar unter <http://www.ejiltalk.org/the-legal-and-political-feasibility-of-the-eus-planned-war-on-smuggling-in-libya/> (zuletzt abgefragt am 15.10.15)
- Meyer-Feist, Andreas* Verteilung von 120.000 Flüchtlingen: EU-Innenminister einigen sich, Tagesschau.de v. 22.09.15, abrufbar unter <https://www.tagesschau.de/ausland/innenminister-fluechtlinge-107.html> (zuletzt abgefragt am 27.12.15)
- Pop, Valentina/ Sobczy, Martin* Europe's Migration Crisis: Refugees Move Faster Than the EU, The Wall Street Journal v. 24.09.15, abrufbar unter <http://www.wsj.com/articles/europes-migration-crisis-refugees-move-faster-than-the-eu-1443127840> (zuletzt abgefragt am 02.10.15)

- ProAsyl* Europas Schande: „Triton“ und „Mare Nostrum“ im Vergleich, abrufbar unter http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/europas_schande_triton_und_mare_nostrum_im_vergleich/ (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- ProAsyl* Überleben im Transit, Zur Situation von Flüchtlingen in der Türkei, abrufbar unter http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/NEWS/2012/12_03_16_BHP_PA_Tuerkei_2_03.pdf (zuletzt abgefragt am 11.01.16)
- Rat der Europäischen Union*
(chronologisch)
- Proposal for a Council Decision establishing provisional measures in the area of international protection for the benefit of Italy and Greece, 24.07.15, Dok. Nr. 11132/15, abrufbar unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11132-2015-INIT/de/pdf> (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
 - Outcome of the Council Meeting, 20.07.15, Nr. 11097/15, abrufbar unter http://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXV/EU/07/53/EU_75389/imfname_10571298.pdf (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
 - Durchführung der Eurodac-Verordnung in Bezug auf die Verpflichtung zur Abnahme von Fingerabdrücken, Dok.-Nr. 11013/15, 17.07.15, abrufbar unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11013-2015-INIT/de/pdf> (zuletzt abgefragt am 25.09.15)
 - Beschluss (EU) 2015/1523 des Rates zur Einführung von vorläufigen Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes zugunsten von Italien und Griechenland, ABl. L 239 v. 15.9.2015, S. 239, abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32015D1523&from=DE> (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
 - Schlussfolgerungen des Rates v. 14.09.15, abrufbar unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12002-2015-REV-1/de/pdf> (zuletzt abgefragt am 27.12.15)
 - Beschluss (EU) 2015/1601 des Rates vom 22. September 2015 zur Einführung von vorläufigen Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes zugunsten von Italien und Griechenland, ABl. L 248 v. 24.9.2015, S. 80; abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32015D1601&from=DE> (zuletzt abgefragt am 27.12.15)
 - Pressemitteilung des Rates v. 22.09.15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2015/09/22/> (zuletzt abgefragt am 27.12.15)

- Schlussfolgerungen des Rates zur Zukunft der Rückkehrpolitik, Dok.-Nr. 12856/15 v. 08.10.15, abrufbar unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12856-2015-INIT/de/pdf> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Pressemitteilung des Rates v. 08.10.15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/10/8-council-approves-money-refugee/> (zuletzt abgefragt am 13.10.15)
- Pressemitteilung des Rates vom 30.10.15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/10/30-migratory-crisis-activating-ipcr/> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Outcome of the Council Meeting, 09.11.15, Dok.-Nr. 13870/15, abrufbar unter <http://www.eu2015lu.eu/de/actualites/conclusions-reunions-conseil/2015/11/09-conseil-jai-extra/index.html> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Schlussfolgerungen des Rates vom 09.11.15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/11/09-jha-council-conclusions-on-measures-to-handle-refugee-and-migration-crisis/> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Rats-Information zum Valletta-Gipfel, <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2015/11/11-valletta-summit-press-pack/> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Aktuelle Meldung des Ratsvorsitzes v. 04.12.15, abrufbar unter <http://www.eu2015lu.eu/de/actualites/articles-actualite/2015/12/04-conseil-jai-migrations/index.html> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Beschluss (GASP) 2015/778 des Rates über eine Militäroperation der Europäischen Union im südlichen zentralen Mittelmeer (EUNAVFOR MED), ABl. L 122 v. 19.5.2015, S. 31, abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32015D0778&from=DE> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Beschluss (GASP) 2015/972 des Rates über die Einleitung der Militäroperation der Europäischen Union im südlichen zentralen Mittelmeer (EUNAVFOR MED), ABl. L 157 v. 23.6.2015, S. 51, abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32015D0972&from=DE> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Schlussfolgerung des Rates v. 15.12.15, Dok.-Nr. 15365/15, abrufbar unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15365-2015-INIT/de/pdf> (zuletzt abgefragt am 02.01.16)

- Presidency Report – Managing migration flows, 16.12.15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2015/12/17-presidency-report-managing-migration-flows/> (zuletzt abgefragt am 02.01.16)
- Reuscher, Constanze*

Das Mittelmeer ist ein Massengrab, Welt.de, 19.04.15, abrufbar unter <http://www.welt.de/politik/ausland/article139788751/Das-Mittelmeer-ist-ein-Massengrab.html> (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
- Rietzschel, Antonie*

So viel kostet die Festung Europa, Süddeutsche Zeitung v. 18.07.15, abrufbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-so-viel-kostet-die-festung-europa-1.2516084> (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
- Rühle, Alex*

Katastrophe ohne Ende, SZ.de v. 30.12.13, abrufbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-nach-dem-lampedusa-bootsunglueck-katastrophe-ohne-ende-1.1852969> (zuletzt abgefragt am 05.01.16)
- Schiltz, Christoph/
Tauber, Andre*

Berlin setzt Verteilung von Flüchtlingen durch, Welt.de v. 22.09.15, abrufbar unter <http://www.welt.de/politik/ausland/article146736310/Berlin-setzt-Verteilung-von-Fluechtlingen-durch.html> (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
- Schümer, Dirk*

Europa ist eine Festung – und muss das auch bleiben“, Welt v. 18.05.15, abrufbar unter <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article141026268/Europa-ist-eine-Festung-und-muss-das-auch-bleiben.html> (zuletzt abgefragt am 11.12.15)
- Singer, Peter*

Famine, Affluence, and Morality, Philosophy & Public Affairs Vol. 1, No. 3 (1972), S. 229 ff., abrufbar unter http://www.jstor.org/stable/2265052?&seq=1#page_scan_tab_contents (zuletzt abgefragt am 30.12.15)
- Stauth, Arnim*

EU-Innenminister beraten über Flüchtling; Wenig Hoffnung auf Einigung, Tagesschau.de v. 22.09.15, abrufbar unter <https://www.tagesschau.de/ausland/innenminister-fluechtlinge-105.html> (zuletzt abgefragt am 27.12.15)
- Tagesschau.de*

Grenzen zu Deutschland: De Maizièrè hält an Kontrollen fest, Tagesschau.de v. 29.10.15, abrufbar unter <http://www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-deutschland-137.html> (zuletzt abgefragt am 30.12.15)

| | |
|--------------------------|--|
| <i>Tagesschau.de</i> | EU-Treffen zur Balkan-Flüchtlingskrise: Schnelle Hilfe, strenge Maßnahmen, Tagesschau.de v. 25.10.15, abrufbar unter http://www.tagesschau.de/ausland/fluechtlinge-eu-111.html (zuletzt abgefragt am 30.12.15) |
| <i>Tagesschau.de</i> | Reaktion auf Pariser Attentate: Polen will Flüchtlingsquote nicht erfüllen, Tagesschau.de v. 14.11.15, abrufbar unter https://www.tagesschau.de/ausland/anschlaege-paris-polen-fluechtlinge-gabriel-101.html (zuletzt abgefragt am 30.12.15) |
| <i>Tagesschau.de</i> | EU-Staaten wollen Grenzkontrollen verlängern, Tagesschau.de v. 04.12.15, abrufbar unter: http://www.tagesschau.de/ausland/eu-grenzkontrollen-101.html (zuletzt abgefragt am 30.12.15) |
| <i>UN-Sicherheitsrat</i> | UN-Res. 2240 (2015) v. 09.10.15, abrufbar unter http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/2240(2015) (zuletzt abgefragt am 30.12.15) |
| <i>Zeit online</i> | Europäischer Gerichtshof: Ungarn reicht Klage gegen EU-Flüchtlingsquote ein, Zeit online v. 03.12.15, abrufbar unter http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-12/europaeischer-gerichtshof-ungarn-klage-fluechtlingsquote (zuletzt abgefragt am 30.12.15) |
| <i>Zeit online</i> | Flüchtlingskrise: Slowakei klagt gegen Flüchtlingsquote in der EU, Zeit online v. 02.12.15, abrufbar unter http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-12/slowakei-ungarn-victor-orban-fluechtlinge (zuletzt abgefragt am 09.12.15) |
| <i>Zeit online</i> | Ungarn reicht Klage gegen EU-Flüchtlingsquote ein, Zeit online v. 03.12.15, abrufbar unter http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-12/europaeischer-gerichtshof-ungarn-klage-fluechtlingsquote (zuletzt abgefragt am 30.12.15) |